Beschlussbuch 2024

der Unterbezirkskonferenz

JUSOS
Region Hannover

Anträge

Inhaltsverzeichnis

AP - Arbeitsprogramm

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
AP01	Arbeitsprogramm 2024 - Trotz alledem Jusos Region Hannover *angenommen*	13

B - Bildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
B01	Schule ist mehr als Unterricht - Schulsozialarbeit stärken! Juso-AG Burgdorf *angenommen*	22
B02	Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	24
B03	Reformation der Lehramtsausbildung Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	25

E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
E01	We fight for EU – Unser Wahlkampf für ein demokratisches und soziales Europa! Jusos Region Hannover *angenommen*	27
E02	Ja zum EDF-Manifest zu den Europawahlen 2024 – Solidarität für Menschen mit Behinderung Juso-AG SüdWest *angenommen*	29

F - Feminismus

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
F01	Safe City – Macht Hannover endlich sicher für Frauen! Juso-AG Vahrenwald-List *angenommen*	31
F02	Hannover Barrierefreiheit in Frauenhäusern Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	32

G - Gesundheit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
G01	Mehr Kostenübernahme bei Sehhilfen durch die gesetzlichen Krankenkassen Juso-AG Barsinghausen *angenommen*	33
G02	Wie eine Therapie zum Verhängnis werden kann – Schluss mit der Stigmatisierung Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	35
G03	Abänderung der Vorgaben zum Verlängern von Universitären Abschlussarbeiten an Universitäten Juso-AG Vahrenwald-List *angenommen*	36

I - Inneres

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
I01	Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag Juso-AG NordOst *angenommen*	37

K - Kommunales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
K01	Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover Juso-AG NordOst *angenommen*	41
K02	Gefahrenquellen verhindern und Barrierefreiheit gewährleisten – Feste Abstellzonen für E-Scooter einrichten Juso-AG NordOst *angenommen*	42
K03	Leerstand bekämpfen! Juso-AG Südstadt-Bult *angenommen*	43
K04	Eine Bank macht noch keine Atmosphäre. Für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Juso-AG Südstadt-Bult *angenommen*	44
K05	Ausbau kostenloser Toiletten Juso-AG Vahrenwald-List *angenommen*	46
K06	Verbot und Rückbau Obdachlosenfeindlicher Architektur Juso-AG Vahrenwald-List *angenommen*	47
K07	„Muss“ ist ein Muss! – Änderung §36 NKomVG Juso-AG Wennigsen *angenommen*	48

O - Organisation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
O01	Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie Juso-AG NordOst *angenommen*	49
O02	Zur Verbesserung der politischen Partizipation – Ein sozialistischer Richtungsverband für ALLE jungen Menschen Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	51
O04	Plattform für Beschlussbücher Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	53

S - Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
S01	Resolution gegen die Bürger:innengeldsanktionen Juso-AG Linden-Limmer *angenommen*	54
S02	Vollständige Solidarität in der Sozialversicherung Juso-AG NordOst *angenommen*	55
S03	Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit Juso-AG SüdWest *angenommen*	57
S04	Infotafeln zu Hilfsangeboten bei Obdachlosigkeit Juso-AG NordOst *angenommen*	59

U - Umwelt

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
U01	Energiewende für alle III: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen Juso-AG Lehrte *angenommen*	60
U02	Tiergarten Hannover ausbauen Juso-AG Vahrenwald-List *angenommen*	62

V - Verkehr

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
V02	Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte Juso-AG Vahrenwald-List *angenommen*	63

INI - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · *Empfehlung*	Seite
INI01	Nicht auf unseren Nacken – keine Kürzungen bei der Kinder und Jugendarbeit im neuen HSK Juso-AG Südstadt-Bult *angenommen*	39
INI02	Konsequent Antifaschistisch - Den Kampf gegen Rechts weiterhin in allen Gesellschaftsbereichen stärken! Juso-AG Nordstadt *angenommen*	40

Antrag AP01: Arbeitsprogramm 2024 - Trotz alledem

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	angenommen
Sachgebiet:	AP - Arbeitsprogramm

Interne Zusammenarbeit

Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir als Jusos Region Hannover enger zusammenrücken. Wir wollen den Zusammenhalt stärken und eine gute inhaltliche Arbeit leisten. Um den Zusammenhalt zu stärken, wollen wir einige Aktionen in lockerer Atmosphäre anbieten. Hierfür können wir uns beispielsweise einen Filmabend oder ein Sommerfest vorstellen.

Darüber hinaus möchten wir eine Arbeitsgemeinschaftenvorsitzendenkonferenz (AGVK) veranstalten, um den Austausch zwischen Unterbezirksvorstand und Arbeitsgemeinschaften zu verstärken. Dabei werden Wissen und praktische Fähigkeiten für die politische Arbeit vermittelt. Außerdem erhalten die Arbeitsgemeinschaften untereinander die Möglichkeit, nach gemeinsamen Anliegen und Herausforderungen Ausschau zu halten. Die AGVK wird damit den Grundstein für gemeinsame Projekte der Arbeitsgemeinschaften legen. Neu gegründete Arbeitsgemeinschaften und solche, die keine Vertretung im UBV haben, sollen explizit zur Teilnahme motiviert werden.

Bei der Neugründung von Arbeitsgemeinschaften möchten wir weiterhin unterstützend tätig sein. Dabei ist es besonders wichtig, dass Mitglieder des UBVs ansprechbar und präsent für die Arbeitsgemeinschaften sind.

Insbesondere die Arbeitsgemeinschaften im Umland wollen wir im nächsten Vorstandsjahr stärken. Dies wollen wir neben einer guten Verbindung zum UBV und der Vernetzung zwischen Arbeitsgemeinschaften über die Mobilisierung von Jusos aus anderen Orten in der Region erreichen. Unser Ziel ist, die Anzahl der Teilnehmer*innen bei Veranstaltungen wie selbstorganisierten Demonstrationen zu erhöhen und damit diesen Arbeitsgemeinschaften und Veranstaltungen mehr Aufmerksamkeit zu verleihen.

Im Gespräch mit (Neu-)Mitgliedern fällt immer wieder auf: Viele würden sich gerne auch in Form von Anträgen stärker inhaltlich bei den Jusos einbringen, sind sich aber unsicher, wie Anträge aufgebaut sind. Eine Antragswerkstatt im vergangenen Vorstandsjahr wurde von den Teilnehmer*innen als sehr hilfreich empfunden, daher planen wir ein solches Format auch für das kommende Jahr. Nach einem theoretischen Input und einer Phase der Ideensammlung entstehen im Idealfall am Ende des Abends fertige Anträge, die dann in die einzelnen AGen mitgenommen werden können. So hoffen wir, einen gemeinsamen Rahmen für das Schreiben geben zu können, die Angst vor einem „schlechten“ Antrag abbauen zu können und langfristig das Engagement in unserem Verband zu steigern.

Die etablierten Themenabende zu verschiedenen Aspekten unserer Verbandssäulen und weiteren aktuellen Themen wollen wir weiterführen. Jeder Abend widmet sich schwerpunktmäßig einem Themenkomplex und ermöglicht den Austausch mit eingeladenen Referent*innen, Mandatsträger*innen und/oder Bündnispartner*innen. Ziele sind die Wissensvermittlung und Diskussion zu relevanten Themen, die politische Vernetzung unseres Verbands und die Erarbeitung von Anträgen für die nächste Unterbezirkskonferenz. Die Themenabende sollen weiterhin regelmäßig stattfinden und von Mitgliedern des Unterbezirksvorstands federführend organisiert werden, die

Beteiligung an der inhaltlichen Ausgestaltung soll jedoch allen Mitgliedern der Jusos Region Hannover offenstehen.

Für eine gute Zusammenarbeit im Vorstand müssen Respekt, Fairness und Solidarität untereinander als Leitmotive gelten. Um diesen Gedanken zu stärken, sind Teambuilding-Maßnahmen sowie eine vertrauensvolle Kommunikation untereinander wichtig. Nur ein starker Vorstand wird der Arbeit für einen der größten Juso-Unterbezirke gerecht.

Verbandsarbeit

Im kommenden Vorstandsjahr möchten wir alle Mitglieder einbeziehen und mitnehmen. Ein zentraler Aspekt ist für uns dafür eine gute Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Das bedeutet, dass wir uns zu aktuellen Themen äußern – vor allem mit dem Augenmerk auf Social Media, um eine breite Masse an jungen Menschen schnell zu erreichen. Eine gute Öffentlichkeitsarbeit kann nur gelingen, wenn wir gemeinsam Juso-Positionen erarbeiten mit den wir an die Öffentlichkeit gehen wollen. Auch unsere Homepage wird dafür mehr in den Fokus rücken. Diese soll auf den aktuellen Stand gebracht und mit neuen Beiträgen gepflegt werden, vor allem sollen die Antrags- und Beschlussbücher der vergangenen Jahre zugänglich gemacht und leichter auffindbar werden. Über gelegentliche Pressemitteilungen wollen wir mit Journalist*innen vor Ort in Kontakt bleiben.

Die Vollversammlungen sind von zentraler Bedeutung für eine transparente Vorstandsarbeit, für den Erfahrungs- und Ideenaustausch zwischen den AGen und die Begleitung des Unterbezirksvorstands durch die Mitglieder. Wir wollen dieses Gremium weiter stärken und die Sitzungen möglichst attraktiv gestalten. Dafür möchten wir das Format des inhaltlichen Inputs beibehalten. Als Juso-Unterbezirksvorstand unterstützen wir die AGen bei der regelmäßigen Austragung der Vollversammlungen und möchten den zweimonatigen Sitzungsrhythmus aufrechterhalten.

Um unseren Verband jung und innovativ weiterzuführen, brauchen wir auch neue Mitglieder mit neuen Ideen. Daher wollen wir, vor allem im anstehenden Europawahlkampf, aktive Mitgliederwerbung betreiben. Für eine gute Aufnahme potentieller Neumitglieder bei den Jusos sind Ansprechpersonen im UBV zur Hilfe bei der Kontaktaufnahme mit der zuständigen Arbeitsgemeinschaft und Neumitgliederabende besonders hilfreich, an denen jedoch nicht nur neue Jusos, sondern auch Interessierte mit der Struktur und dem Aufbau der Juso-/SPD-Ebenen sowie den programmatischen Inhalten der Jusos bekannt gemacht werden. Auch Nichtmitglieder sollen über Social Media explizit zu den Abenden eingeladen werden und die Chance haben, die Jusos sowohl als Organisation als auch auf persönlicher Ebene kennenzulernen.

Außerdem ist es uns ein Anliegen, die Zusammenarbeit mit den höheren Juso-Ebenen auszubauen. In jedem der Vorstände sind Jusos aus der Region Hannover aktiv und über diese möchten wir die Verbindung zu den anderen Ebenen aufrechterhalten. Dafür sollen der Tagesordnungspunkt “Berichte” auf allen UBV-Sitzungen und Vollversammlungen genutzt werden. Insbesondere im Europawahlkampf wird eine Zusammenarbeit mit dem Bezirksvorstand sinnvoll und hilfreich sein.

Die Jusos in den Ost-Verbänden wollen wir vor den dortigen Landtagswahlen supporten und im Wahlkampf nach unseren Möglichkeiten unterstützen.

Bündnisarbeit

Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir verstärkt auf Bündnisarbeit und eine gute Zusammenarbeit setzen. Angesichts steigender Inflation, Schuldenbremse und sinkender Reallöhne liegt unser Fokus insbesondere auf der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsjugenden. Wir planen, diese Kooperation weiter auszubauen wollen dafür Austausch und Vernetzung stärken. Aktionen wie zum Beispiel einen Gewerkschaftsabend sind denkbar, um die Zusammenarbeit zu festigen.

Darüber hinaus werden wir uns erneut im Jugendbündnis engagieren und an der zentralen Veranstaltung am 1. Mai teilnehmen. Der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und Ausbildungsgehälter ist für uns ein besonders wichtiges Anliegen und wir betrachten die Gewerkschaftsjugenden als unsere natürlichen Bündnispartner*innen. Der 1. Mai ist der bedeutendste Tag der Arbeiter*innenbewegung und für uns daher einer der wichtigsten Tage im Jahr und wir als Jusos werden auf dieser Demonstration stark vertreten sein.

Hier wollen wir auch mit Queeren Bündnispartner*innen zusammenarbeiten und bei Demonstrationen unterstützen.

Im Bereich des Kampfes gegen Antisemitismus und Rassimus planen wir eine stärkere Zusammenarbeit mit dem JuFo (Junges Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft) und möchten uns weiterhin am Gedenkbündnis zu Hanau beteiligen. Des Weiteren müssen wir unsere Bündnisarbeit im Bereich des Antifaschismus weiterhin stärken und gemeinsam mit Bündnissen wie zum Beispiel: Auf die Plätze, Omas gegen Rechts oder dem Jugendbündnis zu gemeinsamen Demonstrationen aufrufen und dort stark vertreten sein.

Um unsere Gesellschaft und Demokratie vor Hetze und rechtem Gedankengut zu schützen, ist es zudem von großer Bedeutung, jungen Menschen eine eigene Stimme und Mitspracherechte zu ermöglichen. Daher legen wir Wert auf die Zusammenarbeit mit Schüler*innenvertretungen und Jugendparlamenten, mit denen wir uns intensiver austauschen möchten.

Anitfa & Antira

Im kommenden Vorstandsjahr möchten wir uns erneut besonders stark einer unserer tragenden Grundsäule, dem Antifaschismus, widmen. Die aktuellen Umfragewerte der AfD - sowohl auf Bundesebene als auch in diversen Bundesländern - beunruhigen uns sehr. In einigen ostdeutschen Bundesländern, in denen in diesem Jahr Wahlen anstehen, liegt die AfD aktuell bei teilweise über 30 Prozent und könnte dort sogar stärkste Kraft werden.

Gerade aufgrund der Veröffentlichungen des Recherchenetzwerkes „Correctiv.org“ sollten wir sehr besorgt über diese Entwicklungen sein. Die Pläne, Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität oder Hautfarbe aus Deutschland zu vertreiben und nach Nordafrika zu deportieren, erinnern sehr an die NS-Zeit und zeigen deutlich, welches menschenverachtende Gedankengut die AfD und ihre Vorfeldorganisationen in sich tragen. Diesem müssen wir uns als Demokrat*innen konsequent entgegenstellen, jederzeit und überall! Es gilt zu verhindern, dass die AfD immer stärker wird und deshalb müssen wir als Jungsozialist*innen den Kampf gegen Rechts weiterhin mit aller Kraft führen.

Die Reaktionen auf den Angriff der Hamas am 07.10.2023 haben wiederholt in aller Deutlichkeit gezeigt, dass in unser Gesellschaft immer noch ein israelbezogener Antisemitismus vorherrscht. Neben ansteigendem Antisemitismus im Internet, gab es im letzten Jahr Angriffe auf Gedenkstätten in ganz Deutschland unter anderem auch auf die Gedenkstätte in Hannover-Ahlem. Auf Grund unserer Vergangenheit haben wir hier eine ganz besondere Verantwortung, uns diesem Antisemitismus entgegenzustellen und stehen hier solidarisch an der Seite der israelischen Bevölkerung. Auch die aktuell steigenden Zahlen antimuslimischer Angriffe auf Moscheen, Restaurants sowie auf muslimische oder als solche gelesene Einzelpersonen in Deutschland sind besorgniserregend. Wir verurteilen diese rassistischen Taten und solidarisieren uns mit unseren muslimischen Mitbürger*innen.

Im nächsten Jahr möchten wir deshalb gemeinsam mit euch unseren antifaschistischen Kampf gegen jegliche Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weiterführen. Wir möchten Bildungsveranstaltungen zu den Themen Antifaschismus und Antirassismus durchführen. Außerdem möchten wir Stolpersteine putzen gehen und uns näher mit dem wachsenden Antisemitismus im Internet auseinander setzten. Im kommenden Arbeitsjahr möchten wir überdies Argumentationstechniken gegen Populismus erlernen, um in Diskussionen schlagfertiger zu werden. Wir möchten außerdem wieder häufiger und aktiver an Demonstrationen teilnehmen, um hier ein starkes Zeichen gegen rechte Bewegungen zu setzen und unsere Solidarität gegenüber Personengruppen zu zeigen, die Diskriminierung erfahren haben.

Feminismus & Awareness

Feminismus ist eine der Grundsäulen unseres Verbands. Wir Jusos kämpfen für die Gesellschaft der Freien und Gleichen und wir wissen: Gleiche Rechte und Freiheit für alle werden wir erst erreichen, wenn das Patriarchat überwunden ist! Allen Fortschritten zum Trotz ist die Gleichstellung aller Geschlechter noch lange nicht erreicht. Noch immer leisten Frauen mehr als doppelt so viel unbezahlte Care-Arbeit wie Männer, sie arbeiten für geringere Löhne und sie sind auch deshalb am stärksten von Altersarmut betroffen. Noch immer muss sexuelle Selbstbestimmung tagtäglich erkämpft werden. Die Abschaffung von § 219a aus dem Strafgesetzbuch ist das Ergebnis eines jahrzehntelangen Kampfes, der jetzt mit der Streichung von § 218 Strafgesetzbuch weitergehen muss. Noch immer sind Frauen in ihrem Alltag mit sexueller Gewalt konfrontiert – vom Catcalling am Arbeitsplatz bis zu sexueller Gewalt als Kriegswaffe. Zugleich steht für uns fest, dass Feminismus immer aus intersektionalen Perspektiven betrachtet werden muss. Deshalb setzen wir uns für eine feministische Politik ein, die gegen die strukturellen Benachteiligungen von FINTA kämpft – innerhalb unseres Verbands ebenso wie in der gesamten Gesellschaft.

Darüber hinaus wollen wir einen Schwerpunkt auf diese Grundsäule legen und dafür sorgen, dass Frauen in unserem Verband stärker empowert und sichtbarer werden. Dabei wollen wir auch die Frauen innerhalb der AGen unterstützen und für sie eine sichere und verlässliche Anlaufstelle bieten. Sexismus ist noch immer fest verankert in unserer Gesellschaft und viele Frauen erleben Sexismus tagtäglich. Wir als Jusos stellen uns geeint gegen diese Ungleichheit und das Patriarchat und kämpfen für die Gleichberechtigung aller Geschlechter. Uns ist in unserem Kampf bewusst, dass sexistische Strukturen und sexistisches Gedankengut nicht nur außerhalb unseres

Verbandes existieren. Auch wir sind in einer sexistisch geprägten Gesellschaft sozialisiert worden und auch bei vielen von uns ist struktureller Sexismus tief verankert. Daher wollen wir uns aktiv dafür einsetzen, dass Sexismus und antifeministisches Verhalten auch im eigenen Verband durch Bildungsveranstaltungen thematisiert, reflektiert und abgebaut werden. Durch Bildungsveranstaltungen zu feministischen Themen und Veranstaltungen, die sich mit kritischer Männlichkeit auseinandersetzen, werden wir mehr Bewusstsein für diese Problematiken schaffen. Des Weiteren wollen wir uns tiefergehend auch mit dem Thema der Intersektionalität auseinandersetzen und BIPOC solidarisch in ihrem Kampf unterstützen. Denn viele FINTA werden durch mehrere Unterdrückungssysteme gleichzeitig diskriminiert und diese Ungerechtigkeit gilt es zu bekämpfen. Auch queere Perspektiven sind fester Bestandteil unseres Verständnisses von Feminismus. Diese Veranstaltungen sollen geschlechterübergreifend interessant sein, um so möglichst viel Fortschritt in diesem Bereich voranbringen zu können. Wir werden weiterhin auf die SPD als unsere Mutterpartei einwirken, damit auch dort das Thema Feminismus und das Empowern von Frauen stärker in den Blick genommen werden. Des Weiteren soll ebenfalls in feministischen Antragswerkstätten oder ähnlichen Formaten die Möglichkeit geschaffen werden, dass Anträge zu diesem Themenbereich entstehen und damit politische Prozesse vorangebracht werden können. Wir werden auch in diesem Vorstandsjahr FINTA-Vernetzungen anbieten, um so sicherere Räume zu schaffen, in denen sich FINTA-Personen austauschen können. Wir möchten feministische Inhalte nicht nur theoretisch betrachten, sondern feministisch handeln. Wir arbeiten weiter an der Dekonstruktion des Geschlechts und zeigen unsere Solidarität gegenüber allen FINTA-Personen. Für uns steht fest, dass Rede- und Delegiertenlisten quotiert sein müssen. Unser Ziel ist es, am 08. März stark zu mobilisieren. Denn am 08. März ist Internationaler Feministischer Kampftag und die Jusos Region Hannover müssen in großer Zahl dabei sein, um geeint gegen den fest verankerten und strukturellen Sexismus in unserer Gesellschaft anzukämpfen!

Wir wollen einen Verband, in dem sich alle Genoss*innen sicher, respektiert und wohlfühlen. Bei uns ist kein Platz für Sexismus und Diskriminierung. Wir wollen, dass es ein beständiges und ansprechbares Awareness-Team auf Unterbezirksebene gibt. Wir werden das bestehende Awarenesskonzept im nächsten Vorstandsjahr weiterentwickeln, ausbauen und professionalisieren. Wir sorgen dafür, dass die Awarenessarbeit sichtbar ist. Das Awareness-Team soll einen sicheren Raum bieten, welcher zu jeder Zeit und völlig vertraulich genutzt werden kann. Das Aufklären über Mentale-Gesundheit und das Schaffen von Akzeptanz und Toleranz ist ein wichtiger Aspekt hierbei. Für uns ist die Awarenessarbeit ein wichtiger Beitrag für unseren Verband und eine unerlässliche Institution, um Personen, die Diskriminierung erfahren, einen sicheren Raum zu bieten.

Queerpolitik

Selbstbestimmung darf keine Worthülse sein!

Wir setzen uns entschieden für das Selbstbestimmungsgesetz ein und wirken konsequent auf die Verbesserung der bestehenden Vorlage ein. Für uns steht fest: Es darf keine Blockade von Abgeordneten für echte Selbstbestimmung geben. Gemeinsam mit queeren Vereinen wollen wir prüfen, wie wir die Angebote der Region Hannover stärken und

ausbauen können. Kürzungen bei queeren Safespaces lehnen wir strikt ab. Innerverbandliche Bildungsangebote zur queeren Sensibilisierung sind unverzichtbar, um auch in unseren Reihen Vorurteile abzubauen und Verständnis zu erzeugen.

Solidarisch wollen wir beim CSD unterstützen und wie die Jahre zuvor mit unseren Queeren Genoss*innen wie der SPD-Queer gemeinsam den CSD-Hannover unterstützen.

Soziales

“Die Demokratie verlangt den Sozialismus und der Sozialismus verlangt die Demokratie.” sagte einst Kurt Schumacher, führende Persönlichkeit beim politischen Neuaufbau der SPD nach dem 2. Weltkrieg. Auch für uns Jungsozialist*innen in der SPD ist klar, dass ohne Demokratie und Mitsprache keine soziale Gerechtigkeit entstehen und bestehen bleiben kann. Daher kämpfen wir weiterhin für eine soziale Gerechtigkeit und die Berücksichtigung der Interessen aller Menschen, insbesondere die der Marginalisierten und Schwächsten in der Gesellschaft.

Im kommenden Vorstandsjahr möchten wir deshalb gerne verstärkt die derzeitige Situation von Kindern und Jugendlichen in der gesamten Region in den Fokus nehmen. Im Mittelpunkt stehen hierbei sowohl die (mentale) Gesundheit sowie das Gehör für und zugleich der Kampf gegen existentielle Sorgen junger Menschen. Hierzu bedarf es unter anderem verlässliche, bezahlbare und sichere Wohn- und Lebensbedingungen, die für junge Menschen, auch über das 18. Lebensjahr hinaus zugänglich sein müssen. In diesem Zusammenhang ist es uns ebenso ein Anliegen, die bestehenden Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken und uns darüber hinaus mit anderen Verbänden und Organisationen auszutauschen. Ein weiteres Ziel ist für uns die Auseinandersetzung mit der aktuellen Lage der Krankenhäuser in der Region. Die Relevanz ergibt sich zum einen daraus, dass das „Klinikum Region Hannover“ der zweitgrößte Arbeitgeber in der Region ist und außerdem einen Großteil der gesundheitlichen Versorgung sicherstellt. Zu diesem Thema wollen wir Austauschmöglichkeiten für besorgte und/oder interessierte junge Menschen schaffen.

Kommunales

Die Kommunalpolitik beinhaltet ein breites Spektrum an Themengebieten und ist daher sehr vielfältig. Allein unser Unterbezirk umfasst 21 Kommunen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Herausforderungen. Dieses Bewusstsein soll im Zentrum aller Vorhaben im bevorstehenden Vorstandsjahr stehen.

Der ÖPNV in Hannover ist für viele junge Bürger*innen in der Region eine zentrale Voraussetzung für die Freizeitgestaltung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Vor allem im ländlichen Raum mangelt es an einer gut ausgebauten Infrastruktur, was eine erhöhte Verkehrsbelastung, Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung zur Folge hat und ein permanentes Thema in der Kommunalpoltitk ist. Daher ist es uns ein wichtiges Anliegen mit jungen Bürger*innen zu dieser Thematik ins Gespräch zu kommen und uns für einen günstigen, flächendeckenden und barrierefreien ÖPNV stark zu machen. Auch mit Blick auf die Gestaltung öffentlicher Räume sowie die Gestaltung von Hannovers Innenstadt ist es für uns bedeutsam, uns mit verschiedenen Personengruppen auszutauschen, um die Interessen aller Bürger*innen in der Region zu berücksichtigen und in die SPD hinein zu tragen.

In Anbetracht der Erreichung der Klimaziele und den damit verbundenen Auswirkungen in der Landwirtschaft möchten wir uns genauer mit der Situation von Landwirt*innen in der Region Hannover beschäftigen. Durch den angestrebten Besuch eines landwirtschaftlichen Betriebes, wollen wir andere Perspektiven einnehmen und Bedürfnisse sowie Sorgen der Landwirt*innen in der Region begreifbar machen. Mit Blick auf die Umsetzung der Klimaziele ist es uns aber auch wichtig, uns mit der Frage der (kommunal-)politischen Verantwortung beschäftigen. Denn 2015 verständigten sich die Vereinten Nationen (UN) auf 17 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals (SDG's)) bis 2030. Das 11. dieser Ziele fordert die Senkung der von den Städten ausgehenden Umweltbelastung pro Kopf, mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität sowie der kommunalen und sonstigen Abfallbehandlung. Auch wir Jungsozialist*innen sehen hierin für uns, im weltweit größten Unterbezirk eine besondere Verantwortung. Wir möchten uns daher im kommenden Vorstandsjahr mit Initiatoren vorhandener Maßnahmen u.a. zur Begrünung und Reinigung der (Innen-)Stadt vernetzen und diese in ihren Vorhaben unterstützen.

Grundlegend stehen wir in Bezug auf die Kommunalpolitik häufig insbesondere vor der Herausforderung, dass Mandate im kommunalen Raum, wie in Stadträten oder Kreistagen, überwiegend von älteren Menschen besetzt werden und junge Menschen unterrepräsentiert sind. Um so früh wie möglich die Perspektive junger Menschen in die Kommunalpolitik zu bringen und diese dort auch zu halten, möchten wir die Vernetzung von Jusos auch mit Blick auf die nächste Kommunalwahl im Jahr 2026 stärken. Neben der Vernetzung möchten wir auch die fachliche Kompetenz weiter ausbauen. Bestehende bildungspolitische Maßnahmen wie Veranstaltungen, sollen im Netzwerk breiter kommuniziert werden. Um die Herausforderung vom breiten Feld der Kommunalpolitik und all ihrer fachlichen Herausforderungen zu beraten, möchten wir den Austausch durch gemeinsame Veranstaltungen zwischen Interessierten und bereits in der Kommunalpolitik tätigen Jusos verstärken.

Mit der Kommunalwahl 2021 haben bereits einige Genoss*innen den Sprung in die Kommunalpolitik vollbracht. In etlichen Orts- und Bezirksräten, Stadträten und der Regionsversammlung sitzen Jusos, die bislang kaum untereinander vernetzt sind. Hier wollen wir ein Format finden, in dem diese sich auch untereinander über ihre kommunalpolitische Arbeit austauschen, bei Herausforderungen gegenseitig beraten und größere Projekte Gremien übergreifend voranbringen können.

Bildungspolitik

Das Thema Bildung ist ebenenübergreifend und hat eine besonders hohe Bedeutung für uns Jusos. Daher soll im kommenden Vorstandsjahr das Thema Bildung angemessen behandelt werden. Denn unsere Realität ist, dass für ein erfolgreiches Leben eine gerechte und gute Ausbildung benötigt wird. Für uns Jusos steht daher im Vordergrund, gleiche Chancen für alle zu garantieren. Wichtig für uns ist es, dabei auch einen besonderen Blick auf die Berufsschulen in der Region zu werfen und die Berufsorientierung zu stärken. Wir möchten ein offenes Ohr für die Schüler*innen haben und Unterstützung anbieten. Um mehr politische Partizipation junger Menschen zu ermöglichen, setzen wir uns in der Region Hannover für die Stärkung der Jugendparlamente und -beiräte ein, die wir durch unsere Juso Arbeitsgemeinschaften vor Ort stärken wollen. Dabei möchten wir Unterstützung und Beratung unsererseits

anbieten, wenn Arbeitsgemeinschaften eine solche Jugendbeteiligung einführen wollen.

Wir begrüßen diesbezüglich das Bestreben, ein Jugendparlament in der Stadt Hannover zu gründen.

Grundsätzlich wollen wir uns schulpolitisch für eine Stärkung von Schüler*innenvertretungen einsetzen. Wir möchten anregen, dass sich Schüler*innen im Verband der Jusos Region vernetzen und austauschen und dafür den benötigten Raum schaffen. Außerdem streben wir den Austausch mit den Juso HSG Hannover an, um auch die Belange von Studierenden im Blick zu haben. Unser Ziel ist es, Austauschmöglichkeiten anzubieten und uns mit bildungspolitischen Themen auseinanderzusetzen sowie darüber mit verschiedenen Ebenen und Bündnispartner*innen ins Gespräch zu kommen.

Inklusion

Für uns als Verband ist klar, dass die Perspektiven von allen Menschen mit Behinderung beachtet werden müssen, um eine sozial gerechte Gesellschaft zu erreichen. Die UN-Behindertenrechtskonvention wurde 2009 ratifiziert und wir hängen gesamtgesellschaftlich noch immer hinter den Anforderungen zurück.

Orientierung bietet uns dabei das Durchsetzen unserer Mutterpartei des Artikels 3 Absatz 3 des Grundgesetzes: „[...] Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." Wir sehen es als unser Ziel, dass dieses Ideal in der Realität gelebt wird.

„Nichts über uns – ohne uns" ist ein Satz des Empowerments aus der Behindertenbewegung. Zentrale Rolle dabei spielt für uns ein Austausch mit Institutionen und Aktivist*innen, um für eine inklusive Gesellschaft zu kämpfen. Dabei halten wir uns daran, nicht über, sondern mit den Verbänden zu sprechen.

In diesem Zuge gilt es für uns, sich mit der UN-Behindertenrechtskonvention und der Historie der Behindertenrechtsbewegung, sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene, auseinanderzusetzen. Deshalb ist es uns ein Anliegen uns thematisch mit diesen Schwerpunkten zu beschäftigen, um einen Austausch, nicht nur mit Interessensverbänden, sondern insbesondere mit behinderten Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zu schaffen.

Im kommenden Vorstandsjahr wollen wir uns vertiefend mit Barrierefreiheit, Leichter Sprache, Gleichberechtigung sowie den Rechten von Menschen mit Behinderungen auseinanderzusetzen. Dafür wollen wir unsere Veranstaltungen ab dem nächsten Vorstandsjahr mindestens barrierearm stattfinden lassen. Um dies zu gewährleisten, wollen wir die Einführung eines*einer Beauftragten für Barrierefreiheit im Juso-Unterbezirk Region Hannover. Diese*r soll Veranstaltungen und Veranstaltungsorte der Jusos im Unterbezirk Region Hannover auf barrierefreie Standards überprüfen und ihre Einhaltung sicherstellen anhand eines Leitfadens für Barrierefreiheit.

Die Erarbeitung und Erstellung eines Leitfadens für Barrierefreiheit soll gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen als Experten in eigener Sache, der als Richtlinie für alle Veranstaltungen der Jusos im Unterbezirk Region Hannover gelten.

Europawahl

Im Juni wird das Europäische Parlament gewählt. Wir kämpfen für ein soziales,

demokratisches und vielfältiges Europa, das Schutzsuchenden Schutz bietet, ungeachtet ihrer Religion oder Herkunft. Mit unseren Forderungen für eine bessere EU werden wir in den Wahlkampf ziehen. Unser Jugendwahlkampf ist dieses Jahr besonders wichtig, weil in Deutschland zum ersten Mal bereits 16- und 17-Jährige an der Europawahl teilnehmen dürfen und wir eine besonders große Gruppe Erstwähler*innen überzeugen können.

Hierfür ist es wichtig, zu verdeutlichen, warum die EU für unser tägliches Leben so wichtig ist und welche Vorteile sie vorwiegend den jungen EU-Bürger*innen bietet. In einem Workshop wollen wir gemeinsam das SPD-Wahlprogramm zur Europawahl durchgehen und die Forderungen herausarbeiten, um im Wahlkampf überzeugend argumentieren zu können. Wir wollen einige eigene Wahlkampfaktionen wie Verteilaktionen veranstalten, aber auch die Aktionen der Jusos Bezirk Hannover unterstützen. Bei Veranstaltungen unserer Arbeitsgemeinschaften möchten wir ebenfalls regelmäßig präsent sein, um diesen eine größere Reichweite zu geben und den Wahlkampf insbesondere im Umland zu stärken. Zur Koordinierung wollen wir daher einen eigenen Tagesordnungspunkt bei Vollversammlungen ins Leben rufen, der bis zur Europawahl allen Mitgliedern die Möglichkeit gibt, sich über den Erfolg verschiedener Wahlkampfformate auszutauschen und gute Ideen in anderen Arbeitsgemeinschaften nachzunutzen.

Wir setzen uns entschlossen für ein gerechteres Europa ein und werden im Jugendwahlkampf mit klaren Forderungen sowie starker Präsenz in der Region Hannover auftreten.

Antrag B01: Schule ist mehr als Unterricht - Schulsozialarbeit stärken!

Antragsteller*in:	Juso-AG Burgdorf
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Beleidigungen, Handgreiflichkeiten, Mobbing, Bedrohungen, sexualisierte Gewalt, Schmierereien, Vandalismus und Respektlosigkeiten gegenüber Mitarbeiter*innen gehören an der IGS Stöcken, aber auch an vielen anderen Schulen in Niedersachen zum Alltag. Nach der IGS Büssingweg hat sich jetzt auch die IGS Stöcken mit einem Brandbrief an die Stadt Hannover und das Land Niedersachsen gewandt. Zur akuten Deeskalation der Situation fordern die Schulen einen Sicherheitsdienst für den Schulweg und die Pausen. Um langfristig eine Verbesserung der Situation erreichen zu können, wünschen sich die Lehrkräfte u.a. Schulungen im Umgang mit herausforderndem Schüler*innen verhalten. Völlig klar ist, dass Maßnahmen wie zusätzliche Sicherheitsdienste lediglich der Symptombekämpfung dienen, zumal diese Dienste ausreichend für den Umgang mit Schüler*innen geschult sein müssten, und die Ursachen der Probleme nicht angehen. Wichtig sind deshalb vor allem präventive Maßnahmen. Eine dieser Maßnahmen muss die bessere Versorgung aller niedersächsischen Schulen mit Schulsozialarbeiter*innen sein. Schwerpunkt der Schulsozialarbeit sind Maßnahmen, wie die Beratung von Schüler*innen, Lehrkräften, pädagogischen Mitarbeiter*innen und Erziehungsberechtigten sowie die Netzwerkarbeit mit außerschulischen Partner*innen. Gleichzeitig fehlen aber genau diese Fachkräfte in der sozialen Arbeit deutschlandweit. Der Fachkräftemangel ist einer Studie von 2021 zufolge im Bereich der Sozialpädagogik am größten. Laut Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) betrug die sogenannte Fachkräftelücke 2021 bei Sozialpädagog*innen 18.300.

Um den wachsenden Herausforderungen und dem Fachkräftemangel in den niedersächsischen Schulen gerecht werden zu können, fordern wir die Stadt Hannover und die niedersächsische Landesregierung auf:

- die Stellen für schulische Sozialarbeiter*innen in der Stadt Hannover und ganz Niedersachsen aufzustocken.
- die Sozialarbeit und andere schulische Unterstützungsmaßnahmen nach Sozialindex zu verteilen
- jede Schule mit mindestens einer unbefristeten Stelle für Schulsozialarbeit auszustatten.
- sich aktiv gegen den Fachkräftemangel im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik einzusetzen und durch geeignete Maßnahmen das Berufsfeld für Schulsozialarbeiter*innen in Niedersachsen attraktiv zu machen. Dazu kann einerseits die Erhöhung von Ausbildungskapazitäten in der sozialen Arbeit zählen. Andererseits gilt es aber auch zu erforschen, wie es gelingen kann, die Zufriedenheit der Fachkräfte zu erhöhen.
- in diesem Kontext auch die Maßnahmen für Demokratiebildung in Schulen massiv zu verstärken.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B02: Automatische Auszahlung von BuT-Leistungen

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge sich dafür einsetzten, dass Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes automatisch ausgezahlt werden und der Zugang insgesamt niedrigschwelliger gestaltet wird.

niedrigschwelliger gestaltet wird. Dafür müssen die Formulare in leicht verständlicher Sprache formuliert sein und es muss begleitende Erklärungsmaterialien in verschiedenen Sprachen geben. Auch die Unterstützung beim Ausfüllen durch Sozialarbeiter*innen halten wir für sehr sinnvoll.

Begründung

Um ein Bespiel einer Leistung des Bildung- und Teilhabepaketes zu nennen: Laut einer Studie des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes bekommen 16,3 % der Berechtigten in ganz Niedersachsen und nur 11,9 % der Berechtigten in der Region Hannover die in § 28 Abs. 7 Satz 1 SGB II geregelten Leistungen nach dem sog. Bildungs- und Teilhabepaket bewilligt. Diese Leistung sieht eine Pauschale in Höhe von 15€ für Freizeitaktivitäten jeglicher Art vor. Die Formulierung in § 28 Abs. 7 Satz 1 SGB II ist so offengehalten, dass wenige Nachweise erbracht werden müssen. Trotzdem wird diese Leistung nur knapp 12 % der Berechtigten in der Region Hannover bewilligt und möglicherweise noch weniger erhalten sie aufgrund von Komplikationen tatsächlich.

Antrag B03: Reformation der Lehramtsausbildung

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	B - Bildung

Spätestens seit der Bologna-Reform ist die Lehrkräfteausbildung eine Baustelle. Seither werden zwar wichtige bildungs- und erziehungswissenschaftliche Anteile im Studium teilweise ausgebaut oder Elemente aus Inklusion oder Digitalisierung stärker berücksichtigt. Doch das ist zu wenig, denn diese Anteile machen oft nur ein Drittel des Studiums aus, häufig noch weniger. Dabei besteht der Schulalltag selten aus schlichter Wissensvermittlung und Fachwissen, welches im Studium allerdings einen Großteil einnimmt. Der Lehrberuf muss sich unter stetig steigenden gesellschaftlichen Herausforderungen wie die Digitalisierung, Umgang und Integration von Zuwanderungen, Inklusion, Big Data, Demokratieverdrossenheit oder Krisen anderer Art neu erfinden und entsprechend ausgebildet werden. In einer Gesellschaft, in der Schule nicht nur der Schlüssel zu einer individuellen Entwicklung ist, sondern auch gesamtgesellschaftlich eine enorm große Rolle zugestanden wird, müssen wir uns dafür einsetzen, dies anzupassen. Die Forderungen der GEW nach einem Stufenlehramt statt eines Studiums nach Schularten sind sinnvoll, da dies einen Einsatz (bei gleicher Bezahlung) sowohl an Gymnasien als auch Real-, Haupt-, und Oberschulen ermöglicht. Grundschullehrkräfte werden dabei gesondert ausgebildet. Schüler*innen an allen Schulformen haben das Recht auf gut ausgebildete Lehrkräfte, unabhängig davon, welcher Schulabschluss angestrebt wird, benötigen alle Lehrkräfte gleichermaßen pädagogische und didaktische Fähigkeiten sowie Fachwissen. Aktuelle legen Studierende des Lehramtes zunächst durch den Abschluss des Masterstudiums ihr erstes Staatsexamen ab. Das zweite folgt bei erfolgreichem Abschluss des Referendariats, der zweiten Ausbildungsphase. Diese soll vor allem den praktischen Teil der Ausbildung übernehmen. Dieser Weg ist im internationalen Vergleich nicht nur sehr lang, sondern auch sehr aufwändig und stark staatlich geregelt. Diese Trennung zwischen Theorie und Praxis hat den großen Nachteil, dass die Studierenden im Studium kaum Berührungspunkte mit der Schulpraxis haben und imReferendariat auf eine harte Realität treffen. Zudem sind das Referendariat sowie die Studienseminare durch starre Vorgaben sehr unflexibel. Unter Termindruck, Vorbereitung und Durchführung der Unterrichtsbesuche und Umsetzung der Anforderungen ist es kaum möglich sich auf das zu fokussieren, was für den Lehrberuf essenziell ist: der Beziehungsarbeit und der Entwicklung einer pädagogischen Haltung. Der Umbau der Lehramtsausbildung zum dualen Studiengang kann dies ermöglichen. Es kann ein hoher Praxisanteil zu Beginn des Studiums ermöglicht werden, wodurch dieStudierenden ein realistisches Bild von Schule, insbesondere aus der Perspektive als Lehrkraft, bekommen. Theoretische Inhalte zu Bildung, Didaktik, Pädagogik sowie Fachwissen werden so aus denVorlesungen direkt am nächsten Tag mit in die Schule genommen. Im Schuldienst arbeitende Lehrkräfte dürfen bei der Umstellung zu einer dualen Lehramtsausbildung nicht noch weiter belastet werden. Hier muss in Fortbildungen (während der Arbeitszeit) investiert werden, um die Stabilisierung, Verbesserung und Aktualisierung der Fähigkeiten zu gewährleisten.

Daher fordern wir:

• dass die zweistufige Lehramtsausbildung (Studium + Referendariat) zu einem dualen Studium umgebaut wird.

• damit einhergehend eine größtmögliche Verbindung und Vernetzung zwischen theoretischen Lehrinhalten und praktischen Elementen aus dem Schulalltag.

• Eine höhere Entlastung für Lehrkräfte, die sich am praktischen Teil der Lehramtsausbildung beteiligen.

• ein Stufenlehramt, welches nur zwischen Primar- undSekundarbereich unterscheidet.

Antrag E01: We fight for EU – Unser Wahlkampf für ein demokratisches und soziales Europa!

Antragsteller*in:	Jusos Region Hannover
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Vom 6. bis zum 9. Juni 2024 wird in der gesamten Europäischen Union gewählt. Zum 10. Mal wählen alle EU-Bürger*innen direkt das Europäische Parlament, die Herzkammer der europäischen Demokratie - und das erste Mal dürfen auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben und über die Zukunft der EU mitentscheiden. Umso wichtiger ist für uns Jusos in der Region Hannover, für unsere europäische Vision zu kämpfen!

Unser Europa: Sozial und demokratisch

Die kommende Wahl ist für ganz Europa von Bedeutung. In vielen Mitgliedstaaten der EU, auch in Deutschland, vergiften rechte Parteien die politische Debatte und erzielen beängstigende Wahlergebnisse. In Ungarn wird die Demokratie schon seit Jahren von Viktor Orban demontiert. In Italien, einem der Gründungsstaaten der EU, stellt eine neofaschistische Partei die Regierungschefin. In Deutschland droht die AfD bei den anstehenden Ostwahlen stärkste Kraft zu werden. Auch bei den Europawahlen werden diese Parteien versuchen, mit Hass und Hetze gegen das europäische Projekt zu mobilisieren. All die rechten Parteien und Bewegungen eint ein aggressiver Nationalismus, der die Welt mit Grenzen, Schlagbäumen und Zäunen durchteilen will. Unsere Vision ist das Gegenteil: Ein vereintes Europa ohne nationale Grenzen. Eine europäische Demokratie, die gleichwertige Lebensbedingungen in der gesamten Union ermöglicht, die Vielfalt und demokratische Institutionen schützt. Eine EU ohne Rassismus und Abschottung. Mit diesen Überzeugungen werden wir selbstbewusst in den Wahlkampf ziehen!

Unsere Zielgruppe: Jung und vielfältig

Die Europawahl 2024 ist etwas Besonderes: Das erste Mal dürfen auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Dafür haben wir Jusos lange gekämpft! Jetzt sind wir gefordert, diese jungen Menschen im ersten Schritt für die Europawahl zu begeistern und im zweiten Schritt von den Antworten der Jusos zu überzeugen. Wir wollen beides: Eine starke Wahlbeteiligung von Erstwähler*innen und ein starkes Ergebnis für die Sozialdemokratie! Auf diese Ziele muss unser Wahlkampf zugeschnitten sein. Die Gruppe der Erst- und Jungwähler*innen ist vielfältig zusammengesetzt. Einige sind schon klar politisiert und wollen progressive Politik unterstützen. Dieser Gruppe müssen wir zeigen, dass die SPD im Europäischen Parlament für eine solche linke Politik kämpft und wir Jusos uns innerhalb der SPD dafür einsetzen. Gerade im Bereich der Migrationspolitik stehen wir deshalb selbstbewusst zu unseren Juso-Positionen und zeigen das Meinungsspektrum innerhalb der SPD auf. Mit unseren Juso-Kandidat*innen auf der SPD-Europaliste ist dieser Einsatz für ein junges und linkes Europa sowohl personell als auch inhaltlich glaubwürdig.

Ein anderer Teil der Erst- und Jungwähler*innen ist bisher nicht politisiert und hat bislang vielleicht wenig Interesse an der Europawahl. Unsere Aufgabe als Jusos ist es, diese Gruppe zunächst einmal darüber zu informieren, dass am 9. Juni gewählt wird und warum diese Wahl wichtig ist. Damit junge Stimmen Gehör finden, müssen sie sich

an der Wahl beteiligen. Um diese Zielgruppe von der Sozialdemokratie zu überzeugen, müssen wir unsere Inhalte niedrigschwellig erklären. Dies ist auch relevant, um Menschen mit Lernschwierigkeiten und mit geringen Deutschkenntnissen mitzunehmen.

Unser Wahlkampf: In der gesamten Region

Unser Juso-Wahlkampf findet in der gesamten Region Hannover statt. Das geht nur gemeinsam mit den Juso-Arbeitsgemeinschaften. Unser Wahlkampf ist deshalb darauf ausgerichtet, die AGen bei ihrem Wahlkampf tatkräftig zu unterstützen.

Deshalb werden wir:

- Eine engmaschige Einbindung der AG-Vorstände in unsere weitere Wahlkampfplanung vornehmen.
- Eine Übersicht über die wichtigen Wahlkampf-Themen der Jusos und der SPD erstellen und den AGen zur Verfügung stellen.
- Ein Wahlkampftraining organisieren: Auch mit Blick auf die Mobilisierung der politischen Rechten wird dieser Wahlkampf nicht leicht. Umso wichtiger ist es, dass unsere Mitglieder für den Wahlkampf vorbereitet werden.
- Informationen von höheren Ebenen an die Basis tragen. Auch auf Bundesebene wird es wieder eine Juso-Kampagne geben. Wir als Unterbezirk wollen als Bindeglied zu den Mitgliedern wirken und dafür sorgen, dass die Juso-Kampagne in der gesamten Region bekannt ist.
- Die Unterstützung der AGen untereinander koordinieren: Die Lage in den AGen ist, gerade mit Blick auf die Umlandkommunen, sehr unterschiedlich. Unser Wahlkampf soll auch intern von Solidarität geprägt sein. Deshalb werden wir eine Unterstützungsabfrage versenden, um AGen, die Unterstützung benötigen, und diejenigen, die unterstützen können, zu vernetzen.
- Die AGen mit Juso-Merchandise unterstützen und somit auch finanziell entlasten, sowie einen Flyer speziell für Erstwähler*innen und junge Menschen entwickeln.
- Gezielt dorthin gehen, wo unsere Zielgruppe ist. Wir wollen den Wahlkampf an die Berufsschulen, an die Campus und in die Kneipen bringen. Wir gehen dorthin, wo sich junge Menschen aufhalten.

Eng mit unseren Europakandidat*innen zusammenarbeiten. Die EU erscheint vielen Menschen oft abstrakt und weit weg zu sein. Wir wollen Europa greifbarer machen. Dazu werden wir zeitnah ein Planungstreffen mit unserem Europa-Abgeordneten Bernd Lange organisieren.

Antrag E02: Ja zum EDF-Manifest zu den Europawahlen 2024 – Solidarität für Menschen mit Behinderung

Antragsteller*in:	Juso-AG SüdWest
Status:	angenommen
Sachgebiet:	E - Europa, Internationales und Intergalaktisches

Die Jusos in der Region Hannover stehen im Schulterschluss mit den Forderungen des fünften Europäischen Parlaments für Menschen mit Behinderung.

Wir teilen die zu erwartende und berechtigte Kritik der Vereinten Nationen an Deutschland zur fehlenden Weiterentwicklung in Sachen Inklusion und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung. Die Bundesregierung und Landesregierungen fördern noch immer Sonderstrukturen, in Niedersachsen werden Schüler*innen mit besonderem Förderbedarf wieder vermehrt an gesonderten Schulen unterrichtet. Menschen mit Behinderung sind in unserer Gesellschaft Menschen, denen immer noch zu häufig die Menschlichkeit, das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung, entzogen wird.

Wir verurteilen diese Rückentwicklung und fordern von der Bundesregierung und den Landesregierungen endgültige und langfristige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Menschen mit Behinderung. Auch wir, die Jusos, bekennen uns zu unserer Verantwortung, den Betroffenen des diskriminierenden Systems wieder mehr zuzuhören. Unter dem Motto Nichts über uns ohne uns muss ihnen ein Sprachrohr geboten werden, um den Einfluss auf die politische Agenda zu erhöhen.

Die Jusos Region Hannover unterstützen das Manifest des European Disability Forums (EDF) in seiner Gesamtheit und fordern alle Kandidierenden dazu auf, die inhaltlichen Punkte des Manifests in der kommenden Legislaturperiode zu berücksichtigen und umzusetzen.

Wir setzen uns solidarisch für folgende Punkte ein:

1. Gewährleistung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am politischen und öffentlichen Leben in der EU.

Wir bestehen darauf, dass alle Menschen mit Behinderungen das unveräußerliche Recht haben, an politischen Prozessen teilzunehmen, sei es durch das aktive oder passive Wahlrecht. Für die kommenden EU-Wahlperioden werden wir für einen barrierefreien Wahlprozess kämpfen und setzen uns entschieden gegen jegliche Diskriminierung bei der politischen Teilhabe ein. Menschen mit Behinderungen müssen als gleichberechtigte Partner in der Gestaltung politischer Programme gesehen werden.

2. Kämpfen für eine Europäische Union, in der Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt sind und die UN-BRK als unumstößliche Richtschnur gilt.

Wir werden nicht nachlassen, sicherzustellen, dass die Rechte von Menschen mit Behinderungen in der EU gemäß der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) respektiert und durchgesetzt werden. Dies erfordert einen konstanten Einsatz zur Überprüfung und Aktualisierung von Strategien sowie die Schaffung spezieller Institutionen und Haushaltslinien zur uneingeschränkten Umsetzung der UN-BRK.

3. Ein sozialeres Europa schaffen

Es müssen mehr soziale Programme und Unterstützungsdienste bereitgestellt werden, um Menschen mit Behinderung den gleichberechtigten Zugang zur Bildung, zur Beschäftigung und zur sozialen Inklusion zu ermöglichen. Wir fordern neben den Berufsbildungswerken und Behindertenwerkstätten weitere integrative Beteiligungsmöglichkeiten für Arbeit, Bildung und Wohnen für Menschen mit Behinderungen. Dafür müssen Inklusionsbetriebe ausgebaut und finanziell mehr gefördert werden.

4. Schaffung uneingeschränkter Barrierefreiheit und Freizügigkeit in Europa

Priorität hat die Schaffung einer barrierefreienUmgebung für alle Bereiche des öffentlichen Lebens in der gesamten EU. Wir fordern die Einführung einer EU-weitgültigen Disability Card, um die Angleichung der Teilhaberechte in der EU zu ermöglichen.

5. Schutz von Menschen mit Behinderungen in Europa und darüber hinaus

Wir fordern eine anti-ableistische Innen- und Außenpolitik. Für humanitäre Krisen muss die Umsetzung bestehender Leitlinien auf EU- und UN-Ebene, die die Rechte und Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bereits berücksichtigen, gewährleistet sein. Die EU muss in der nächsten Legislaturperiode ein Konzept erstellen, und den Mitgliedsstaaten vorlegen, das Menschen mit Behinderung vor Misshandlung und jeglicher Form von Gewalt in Betreuungssituationen schützt. Wir solidarisieren uns mit den Aktivisten*innen, die sich für die Gleichberechtigung, die Gleichstellung und den Schutz von Menschen mit Behinderung einsetzen. Menschen mit Behinderungen sind in Katastrophensituationen auf besonderen Schutz angewiesen. Wir fordern deshalb, dass bei Schutz- und Krisenkonzepten Menschen mit Behinderungen explizit berücksichtig werden und auch Vorsorgemechanismen auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen ausgelegt sind.

Antrag F01: Safe City – Macht Hannover endlich sicher für Frauen!

Antragsteller*in:	Juso-AG Vahrenwald-List
Status:	angenommen
Sachgebiet:	F - Feminismus

Am 25. November findet der Orange Day statt, ein Gedenk- und Aktionstag, an dem jedes Jahr dazu aufgerufen wird, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Diese Gewalt ist fest im Alltag von Frauen und in den patriarchalen Strukturen unserer Gesellschaft verankert. Eine Folge davon ist, dass sich Frauen an vielen Orten nicht sicher fühlen können. Mehr als die Hälfte aller Frauen meidet im Dunkeln bestimmte Orte und fühlt sich unsicher. Auch in Hannover sind solche öffentlichen Angsträume nach wie vor für Frauen präsent. Deshalb hat die Hannoversche Allgemeinen Zeitung (HAZ) zum Orange Day 2023 eine Umfrage ins Leben gerufen, um herauszufinden an welchen Orten Hannovers sich Frauen besonders unsicher fühlen. An der Umfrage haben hunderte Frauen teilgenommen. Die HAZ veröffentlichte 10 Orte, die von Frauen am häufigsten angegeben wurden: Der Küchengartenplatz, die Endstation Alte Heide, die Limmerstraße, der Opernplatz, das Ihme-Zentrum, die Eilenriede, die U-Bahn-Stationen, der Raschplatz, der Hauptbahnhof und das Steintor.

Bei fast all diesen Orten gaben die Frauen an, dass diese Orte zu wenig beleuchtet seien und dadurch Angsträume entstünden. Weitere Gründe seien, dass sich an diesen Orten teilweise viele Männer aufhielten, die Drogen und Alkohol konsumieren. Dadurch steige auch die Übergriffigkeit gegenüber Frauen. Am Steintor werden Frauen am hellichten Tag gecatcallt oder erfahren noch schlimmeres. Für uns ist klar, Frauen dürfen in Hannover keine Angst haben auf die Straße zu gehen, egal zu welcher Tages- und Nachtzeit! Wir müssen den Angsträumen endlich den Kampf ansagen und Hannover für alle Frauen sicher machen!

Deshalb fordern wir:

- eine bessere Beleuchtung an den angegebenen Orten. Darüber hinaus müssen öffentliche Räume durch die Stadtverwaltung systematisch überprüft werden, um weitere Angsträume zu identifizieren und auf dieser Basis Maßnahmen einzuleiten.

- die Sicherheit von Frauen bei städtebaulichen Maßnahmen grundsätzlich zu berücksichtigen. Städte dürfen nicht länger von Männern für Männer geplant werden!

- mehr Präsenz von ausreichend geschulten Sicherheitskräften.

- kostenlose Frauentaxis für Schülerinnen, Azubis und Studentinnen ab Einbruch der Dunkelheit

- Catcalling unter Strafe zu stellen: Aktuell sind verbale sexuelle Übergriffe nur in wenigen Fällen strafbar und selbst dann nur als „Beleidigung“. Es braucht endlich einen eigenen Straftatbestand für verbale sexuelle Belästigung („Catcalling“), um konsequent dagegen vorzugehen und einer Verharmlosung dieser Form der sexuellen Gewalt entgegenzutreten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag F02: Hannover Barrierefreiheit in Frauenhäusern

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	F - Feminismus

Wir fordern die Schaffung von barrierefreien Frauenhäusern. Jegliche Frauenhäuser müssen auch für Menschen mit Behinderung einen uneingeschränkt begehbaren Schutzraum bieten. Dies darf allerdings nicht zur alternativlosen Schließung bestehender Frauenhäuser führen.

Begründung

Frauenhäuser bieten einen Zufluchtsort für viele Frauen, die von Gewalt oder Missbrauch betroffen sind. Aktuell ist es nicht gegeben, dass bei dem Ausbau von Frauenhäusern die Bedürfnisse von Frauen mit Behinderungen Beachtung finden. Erst 2021 eröffnete das erste barrierefreie Frauenhaus. Dabei sind Frauen mit Behinderungen fast doppelt so häufig wie Frauen ohne Behinderungen von körperlicher Gewalt betroffen. Bei sexualisierter Gewalt im Erwachsenenleben sogar etwa zwei- bis dreimal häufiger als der weibliche Bevölkerungsdurchschnitt. Besonders betroffen sind gehörlose, blinde und körperbehinderte Frauen. Insbesondere aufgrund dieser Tatsache ist es wichtig, diese vulnerablen Gruppe zuschützen und den barrierefreien Um- und Ausbau zu fördern.

Antrag G01: Mehr Kostenübernahme bei Sehhilfen durch die gesetzlichen Krankenkassen

Antragsteller*in:	Juso-AG Barsinghausen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

1. dass die gesetzlichen Krankenkassen bei Erwachsenen, die eine Sehhilfe benötigen, bereits ab minus bzw. plus 0,5 Dioptrien die Kosten anteilig übernehmen, wobei der Anteil der übernommenen Kosten proportional zu der Sehschwäche steigt, und

2. dass Kitas und Schulen Präventionsmaßnahmen gegen die Entstehung von Kurzsichtigkeit etablieren, wie z. B. regelmäßige Bewegung an der frischen Luft.

Begründung

Viele Menschen in Deutschland haben ein eingeschränktes Sehvermögen. Kurzsichtigkeit (Myopie) befindet sich weltweit auf dem Vormarsch, vordergründig in asiatischen Ländern. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass bis 2030 weltweit über drei Milliarden Menschen von Kurzsichtigkeit betroffen sein werden, bis Mitte des Jahrhunderts gar die Hälfte der Weltbevölkerung. Auch hierzulande ist ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung kurzsichtig und gerade bei Jugendlichen ist die Tendenz steigend. Der Anteil kurzsichtiger Menschen in Deutschland liegt bei ca. 25 Prozent, bei Jugendlichen lag der Anteil im Jahr 2021 gar bei rund 50 Prozent. Bei Kurzsichtigkeit ist das Sehvermögen auf naher Distanz gut, auf weiter Distanz jedoch unscharf. Die Dioptrienzahl wird bei Kurzsichtigkeit mit einem Minus davor angegeben, bei Weitsichtigkeit mit einem Plus.

Für Kurzsichtigkeit gibt es mehrere Ursachen: Die Nahsicht ist dabei die entscheidende. Damit sind Aktivitäten gemeint, denen nah vor dem Gesicht nachgegangen wird, z. B. lesen oder am Handy sein. Auch spielt die Genetik eine Rolle, ob jemand im Laufe seines Lebens kurzsichtig wird. Ihr kommt allerdings im Vergleich zum Verhalten (= Nahsicht) eine geringere Bedeutung zu.

Für viele Menschen gilt der Sehsinn als das wichtigste Sinnessystem. Ein eingeschränktes Sehvermögen kann, je nach Schweregrad, große negative Auswirkungen auf die Lebensqualität haben. Das Alltagsleben wäre ohne Sehhilfen (häufig Brillen) für Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen nicht oder nur sehr schwierig bestreitbar. Und dennoch übernehmen gesetzliche Krankenkassen nur bei Kindern, Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr und in ganz bestimmten Ausnahmefällen (z. B. ab minus/plus sechs Dioptrien) auch bei Erwachsenen (anteilig) die Kosten für Brillengläser (nicht für das Gestell). So handhabt das z. B. die größte gesetzliche Krankenkasse in Niedersachsen, die AOK Niedersachsen. Auch wenn erst ab minus/plus sechs Dioptrien von einer starken Kurz- bzw. Weitsichtigkeit gesprochen wird[1], ist bereits davor das Alltagsleben ohne Sehhilfe nur schwierig bestreitbar.

In einer Gesellschaft, in der Nahsicht allgegenwärtig ist (v. a. durch das ständige Aufhalten in geschlossenen Räumen, durch das Lesen und durch das Arbeiten an Bildschirmen, was in vielen Berufen mittlerweile unabdingbar ist), erscheint es ungerecht, dass Menschen die Kosten für ihre Sehhilfen größtenteils selbst tragen müssen. Kosten von mehreren hundert Euro für Brillengläser und Gestell sind keine Seltenheit. Je schlechter das Sehvermögen ist und je nachdem, ob weitere Einschränkungen wie z. B. Hornhautverkrümmungen hinzukommen, desto mehr bieten sich auch spezielle Verarbeitungsweisen bei Brillengläsern an bzw. sind spezielle Verarbeitungsweisen notwendig, was die Kosten nochmal in die Höhe treibt.

Um mehr Menschen mit eingeschränktem Sehvermögen zu unterstützen, möchten wir daher, dass bereits ab minus/plus fünf Dioptrien die Kosten für Brillengläser anteilig von den gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.

Quellen:

- https://www.who.int/docs/default-source/documents/publications/world-vision-report-accessible.pdf (aufgerufen am 21.01.2024).
- https://www.sehen.de/sehen/sehschwaeche/kurzsichtigkeit/ (aufgerufen am 21.01.24).
- https://www.quarks.de/gesundheit/darum-macht-das-handy-deine-augen-schlechter/ (aufgerufen am 21.01.2024).
- https://www.augeninfo.de/offen/pressetext.php?pm=tageslicht--der-guenstigste-schutz-vor-kurzsichtigkeit (aufgerufen am 21.01.2024).
- https://www.aok.de/pk/leistungen/sehschwaechen-hoerschwaechen/untersuchungen-sehhilfen-brillen/ (aufgerufen am 21.01.2024).
- https://shorturl.at/krwLM (aufgerufen am 21.01.2024).

Antrag G02: Wie eine Therapie zum Verhängnis werden kann – Schluss mit der Stigmatisierung

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

*Die Zeilen 1 – 3 sollen vollständig ersetzt werden durch: „Die Jusos in der Region Hannover fordern, dass bei der Prüfung zur Diensttauglichkeit für die Verbeamtung im Lehramt unerheblich bleibt, ob der*die Anwärter*in sich in der Vergangenheit psychotherapeutisch behandeln lassen hat.“*

*In den Zeilen 5 und 6 soll der Teil „und andere Beamtenanwärter*innen“ ersatzlos gestrichen werden.*

Für die Verbeamtung wird teils aus privaten Kreisen teils aber auch aus öffentlichen Kreisen empfohlen, aktenkundige Diagnosen von Therapeut*innen oder Psychiater*innen zu vermeiden, da eine Verbeamtung dadurch potentiell gefährdeter ist. Die logische Konsequenz ist, dass sich nicht wenige Menschen bspw. entweder gegen ein Lehramtsstudium entscheiden werden oder aber in Kauf nehmen werden, dass ihre mentale Gesundheit weiter leidet und sie sich nicht in psychiatrische oder psychotherapeutische Behandlung begeben. Alles, um eben eine potentielle Verbeamtung nicht zu erschweren. Bisher ist es so, dass Amtsärzt*innen die Krankenhistorie der Anwärter*in überprüfen und selbstständig einschätzen, ob etwa bspw. eine Therapie in der Jugend ein möglicher Grund dafür wäre, eine Verbeamtung zu verwehren. Es kommt vor, dass bei Eintragung von Diagnosen oder vonpsychotherapeutischen oder psychiatrischen Behandlungen die Amtsärzt*innen nicht differenziert und objektiv entscheiden können, da trotz steigender gesellschaftlicher Akzeptanz gewisse Diagnosen oder Behandlungen als problematisch stigmatisiert sind. Amtsärzt*innen fehlt häufig die fachärztliche Expertise, um solche Diagnosen oder vergangene Behandlungen richtig einzuschätzen und einzuordnen und es ist nicht auszuschließen, dass sie sich daher bei ihrer Einschätzung von gesellschaftlichen Stigmata leiten lassen. Die Grenze zwischen psychisch gesund und psychisch krank ist gar nicht so einfach zu ziehen und daher ist eine psychologische Expertise notwendig.

Schließlich können psychotherapeutische Erfahrungen auch positive Einflüsse für die Zukunft bedeuten, die sogar wünschenswert sind. Menschen, die eine erfolgreiche Psychotherapie bekommen haben, könnten angemessener auf Konfliktsituationen reagieren und bessere Bewältigungsstrategien aufweisen, die sie im Rahmen ihrer Behandlung erlernt haben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G03: Abänderung der Vorgaben zum Verlängern von Universitären Abschlussarbeiten an Universitäten

Antragsteller*in:	Juso-AG Vahrenwald-List
Status:	angenommen
Sachgebiet:	G - Gesundheit

dass die freiwillige Option, die Ärzt*in von der Schweigepflicht zu entbinden, aus dem Antrag für eine krankheitsbedingte Verlängerung von Universitären Abschlussarbeiten und der Rücktrittserklärung wegen krankheitsbedingter Prüfungsunfähigkeit entfernt wird.

Abschlussarbeiten verboten wird.

Abschlussarbeiten entfernt wird. Diese Regelung muss landesweit über das Niedersächsische Hochschulgesetz erfolgen. Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die niedersächsische Landesregierung zur Umsetzung auf.

Begründung

Die Option erscheint nur oberflächlich freiwillig, da der Antrag bei Nicht-Einwilligung direkt abgelehnt wird. In der Praxis wird so verfahren, dass das Gremium, das über die Verlängerung entscheidet, die Ärzt*in nach der Erkrankung befragt. Falls das Gremium der Ansicht ist, dass die Erkrankung nicht ausreichend ist, halten sie sich nicht an die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung der Ärzt*in und lehnen den Antrag einfach ab. Dies ist absolut ungerechtfertigt, da diese Gremien keine Expertise im Gesundheitswesen besitzen und daher nicht beurteilen können, ob jemand arbeitsunfähig ist oder nicht. Zudem setzen sie sich über die Empfehlung der Ärzt*in hinweg, welche die nötige Expertise besitzt.

Es ist auch vermehrt vorgekommen, dass Anträge bei chronischen Erkrankungen wie z.B. Depressionen und Rheuma mit der Begründung abgelehnt wurden, dass diese Krankheiten chronisch sind. Daher müsse man lernen damit zu leben und zu planen. Allerdings kann die Schwere dieser Krankheiten in der Realität sehr Wechselhaft sein und Schübe sind nicht planbar. Aus diesem Grund ist diese Praxis absolut unfair den Betroffenen gegenüber und daher untragbar. Im Zweifel kann die Universität fordern, dass die Betroffene zu einer Amtsärzt*in geht, welche dann aber auch nicht von der Schweigepflicht entbunden werden darf.

Antrag I01: Briefwahl 2.0: Die Zukunft des Wählens liegt im Umschlag

Antragsteller*in:	Juso-AG NordOst
Status:	angenommen
Sachgebiet:	I - Inneres

Seit 1957 ist neben der Urnenwahl auch eine Briefwahl möglich. Zunächst nutzten diese Möglichkeit bei Bundestagswahlen durchschnittlich 8,6 Prozent der Wahlberechtigten, bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 waren es 9,4 Prozent. In jüngerer Vergangenheit lag der Anteil regelmäßig bei ca. 30 Prozent, bevor er während der Pandemie auf 47,3 Prozent anstieg.

Durch den stark wachsenden Briefwahlanteil wirken sich ungültige Stimmen durch Fehler in diesem Wahlverfahren stärker als in der Vergangenheit auf das Wahlergebnis aus. Eine Vereinfachung des Briefwahlverfahrens gewinnt daher zunehmend an Bedeutung und kann die Reduktion ungültiger Briefwahlstimmen bewirken. Die Möglichkeit zur Briefwahl hat auch einen positiven Einfluss auf die Wahlbeteiligung, welcher durch Erleichterungen bei der Wahldurchführung ebenfalls gesteigert werden kann.

Briefwahl muss im Gegensatz zur Urnenwahl zu beantragt werden, die Briefwahlunterlagen sind genauso wie bereits die Wahlbenachrichtigungen ausführlich und in komplexer Sprache gestaltet, sodass sie nicht allgemein verständlich sind. Zudem werden wichtige Informationen nicht optisch hervorgehoben, weshalb das vollständige Lesen und Verstehen notwendig ist. In der Vergangenheit kam es bei der Briefwahl zu einer höheren Fehlerquote, u.a. wegen fehlender Wahlscheine oder Unterschriften. Dies sind die häufigsten Ursachen für ungültige Briefwahlstimmen. Bei jeder Wahl werden tausende Stimmzettel von Briefwähler*innen, insb. aus benachteiligten Milieus, nicht gewertet. Bei den in einer Studie des Politologen Dominic Nyhuis von der Leibniz Universität Hannover untersuchten Wahlen wurden 3,6 Prozent der Briefwahlstimmen wegen Formfehlern nicht gewertet, demgegenüber lag der Anteil ungültiger Urnenwahlstimmen bei 1,9 Prozent. Damit ist die Wahrscheinlichkeit einer ungültigen Stimme bei der Abgabe mittels Briefes fast doppelt so hoch wie bei der Stimmabgabe im Wahllokal.

Daher fordern wir eine grafische und sprachliche Vereinfachung der umfangreichen Briefwahlunterlagen und Wahlbenachrichtigungen bei allen Kommunal-, Landtags-, Bundestags- sowie Europawahlen. Neben der Überprüfung des Designs sollen kürzere und einfachere Texte mit optischer Hervorhebung der wichtigsten Informationen verwendet werden. Durch die Bereitstellung von Briefwahlunterlagen und Wahlbenachrichtigungen in leichter Sprache werden besonders sozial benachteiligte Milieus, in denen häufig zugleich ein geringeres Bildungsniveau oder sprachliche Defizite vorherrschen, erreicht.

Zudem sollen Briefwahlstimmen, die wegen Formfehlern nicht gewertet werden konnten, in den Wahlergebnissen gesondert ausgewiesen werden, um ein Bewusstsein für dieses Problem zu schaffen. Personen, deren Stimmzettel nicht gewertet werden konnten, sollen wie in Großbritannien eine individuelle Rückmeldung bekommen, um aus ihren Fehlern lernen zu können.

Ein weiteres Problem besteht in den verspätet im Wahlbüro eintreffenden

Briefwahlstimmen. Bereits die Rücklaufquoten der postalischen Stimmzettel sind gering, da Briefwahlunterlagen vereinzelt erst nach dem Wahltag bei den Wähler*innen zugestellt werden. Die Stimmabgabe im Wahllokal ist nach Beantragung der Briefwahl nur möglich, wenn die eigenen Briefwahlunterlagen mitgebracht werden. Sind diese am Wahltag noch nicht zugestellt, können die betroffenen Bürger*innen also nicht an der Wahl teilnehmen.

? Deshalb fordern wir eine frühere Bearbeitung der Wahlunterlagen. Um auf den steigenden Anteil von Briefwähler*innen zu reagieren, soll mehr Verwaltungspersonal im Vorfeld von Wahlen mit der Bearbeitung der Wahlunterlagen betraut werden.

? Stimmzettel, die gemäß Poststempel rechtzeitig, also am Wahltag bis zur Schließung der Wahllokale, abgesandt wurden und nur aufgrund der postalischen Zustellungsdauer erst nach der Frist zur Stimmabgabe eingegangen sind, sollen trotzdem angenommen werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag INI01: Nicht auf unseren Nacken – keine Kürzungen bei der Kinder und Jugendarbeit im neuen HSK

Antragsteller*in:	Juso-AG Südstadt-Bult
Status:	angenommen
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

Mit dem neuen Entwurf zum HSK XI wurden die Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit zurückgenommen. Das begrüßen wir ausdrücklich! Neu ist dafür jedoch der Plan hinzugekommen, das Jugendcafé im KrokuS, das Jugendzentrum Vinnhorst, die Stadtteilbibliothek in der Nordstadt und die Kinder- und Jugendbibliothek in der Südstadt zu schließen. Diese Schließungen lehnen wir entschieden ab! Darüber hinaus lehnen wir auch grundsätzlich jeglichen Vorschlag, der Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit betrifft, entschlossen ab und fordern die Verantwortlichen in der SPD dazu auf, solidarisch an der Seite der Kinder und Jugendlichen zu stehen und ihre Bildungs-, Begegnungs- und Schutzräume zu erhalten und unterstützen.

Begründung

Langfristige Haushaltssicherung darf niemals auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen geschehen, da dies langfristig nur mehr Löcher im Haushalt schafft, als stopft.

Jugendtreffs, Stadtteilbibliotheken und andere Begegnungsorte spielen eine unersetzbare Aufgabe im Leben von Kindern und Jugendlichen. Gerade bei dieser Zielgruppe ist die Freizeitgestaltung oft maßgeblich vom Elternhaus abhängig. Unser Ziel muss es sein, flächendeckend niedrigschwellige Angebote zur Verfügung zu stellen, damit alle den gleichen Zugang und damit verbunden die gleichen Chancen haben. Die Südstadtbibliothek ist viel mehr als nur ein Bildungsort: hier begegnen sich Kinder und Jugendliche, sie können sich in einem Umfeld entspannen, das auf sie zugeschnitten ist und lernen so die Freude am Lesen. Es ist unverständlich, wieso die Bibliothek mit den dritt meisten Nutzungszahlen in Hannover geschlossen werden soll. Die Zentralbibliothek an der Hildesheimer Straße stellt keine Alternative da. Kinder werden hier eher toleriert, als willkommen geheißen. Für kurze Beine ist der Weg weit, die mehrspurige Straße gefährlich. Noch weiter ist der Weg für die Bewohner:innen der Nordstadt. Mit der Schließung der Nordstadtbibliothek wäre ein weiterer Bildungs- und Begegnungsraum in einem Quartier aus dem Stadtgeschehen verschwunden. Kinder und Jugendliche haben besonders unter der Pandemie gelitten. Umso mehr sollten wir nun ein Augenmerk auf ihre Bedürfnisse und Wünsche lenken und Jugendtreffs ausbauen, statt Sparmaßnahmen fordern oder tolerieren. Es braucht Orte, an denen Kinder Kinder und Jugendliche Jugendliche sein können. Umso wichtiger sind diese Orte, wenn das eigene Zuhause kein sicherer Ort ist. Für Betroffene stellen Jugendzentren und -bibliotheken notwendige Schutzräume da, anwesende Erwachsene sind oft wichtige Bezugs- und Vertrauenspersonen. Für Kinder und Jugendliche die auf der Straße bedroht werden, stellen sie sichere Anlaufpunkte dar.

Wir stellen uns entschlossen gegen sämtliche Kürzungen in der Kinder- und Jugendarbeit.

Antrag INI02: Konsequent Antifaschistisch - Den Kampf gegen Rechts weiterhin in allen Gesellschaftsbereichen stärken!

Antragsteller*in:	Juso-AG Nordstadt
Status:	angenommen
Sachgebiet:	INI - Initiativanträge

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen, sich noch vehementer gegen die rechtsradikalen Kräfte innerhalb der Parlamente als auch in der Breite der Gesellschaft einzusetzen. Die Bekräftigung unseres antifaschistischen Grundverständnisses geht damit einher sich mit Antisemitismus und Rassismus auseinanderzusetzen. In unserem Alltag, ob in der Schule, der Ausbildungsstätte, der Hochschule oder bei der Lohnarbeit, setzen wir uns konsequent gegen Faschismus und rechtsextremes Gedankengut ein.

Daher fordern wir:

1. das Jugend Bündnis Hannover gegen Rechts gemeinsam mit den demokratischen Parteijugenden, Gewerkschaftsjugenden und Zivilorganisationen aktiv fortzusetzen
2. Planung von Aktionen in Bildungseinrichtungen und Schaffung von Informationsangeboten zur antifaschistischen Arbeit auch über Juso Kreise hinaus zu realisieren
3. in Zusammenarbeit mit dem Unterbezirk der SPD Region Hannover die Strategien gegen die AfD auszuweiten und politische Antworten auf den Rechtsruck an die Bürger*innen zu bringen

Begründung

Neben dem im Arbeitsprogramm festgehaltenen Bildungsveranstaltungen und weiteren Aktivitäten braucht es Formate, in denen wir den Kampf gegen Rechts auch zukünftig in die Gesellschaft tragen. Die aktuellen Demonstrationen und Berichterstattungen über die vielen Menschen, die in Deutschland gegen Rechts und gegen die Politik der AfD aufstehen machen Mut, nun müssen wir diese langfristig erhalten. Es braucht eine klare Anlaufstelle von uns Jusos, als politische Organisation wo diejenigen die das erste Mal auf einer Kundgebung waren oder sich gerade im Anfang ihrer politischen Aktivität befinden. Die AfD nutzt die Proteste erneut, um das zu tun was sie am besten kann, Falschinformationen über die Demonstrationen verbreiten, sich als Bewegung für die einzige Wahrheit zu inszenieren und als Opfer darzustellen. Leider hat erfährt sie weiterhin Zustimmung und mit Blick auf die kommenden Wahlen, als auch den Rechtsruck insgesamt in Europa müssen wir Antworten mit Bündnispartner*innen entwickeln. Dafür ist es neben den geplanten Aktivitäten in Bildungseinrichtungen und im sozialen Bereich wie Sportvereinen, Musik und allem, was es noch so gibt, wichtig der AfD die vor allem über die sozialen Medien wie Facebook, Instagram, Telegram und TikTok eine Gegenöffentlichkeit aufbaut etwas konkret entgegenzusetzen und vermehrt die junge Generation an diesem Ort für unsere Werte als feministische, antifaschistischen und sozialistischen Jugendverband zu gewinnen.

Erklärung Initiativcharakter:

Es braucht auch neben dem schriftlich festgehaltenen Vorsatz im Arbeitsprogramm zu den antifaschistischen Aktivitäten im neuen Vorstandsjahr auch einen mündlichen Austausch auf der Unterbezirkskonferenz zu einem inhaltlichen Antrag mit konkreten Forderungen im Kampf gegen Rechts.

Antrag K01: Mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der Region Hannover

Antragsteller*in:	Juso-AG NordOst
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

dass im Gebiet der Region Hannover mehr öffentliche, frei zugängliche Trinkwasserbrunnen aufgestellt werden. Insbesondere in den Gebieten, in denen es bisher noch keine Trinkwasserbrunnen gibt, besteht ein großer Bedarf an öffentlichen Trinkwasserbrunnen.

Begründung

So ziemlich jeder kennt es: Es ist Sommer, gefühlte 30 Grad und man hat sein Trinken zuhause vergessen. Das kann ärgerlich sein, für besonders vulnerable Menschengruppen, z. B. ältere Menschen sogar lebensbedrohlich. Gerade finanziell schlechter gestellte Menschen können auch nicht einfach in das nächstgelegene Restaurant laufen und sich dort ein Glas Wasser bestellen.

Nicht zu vernachlässigen ist hierbei auch die Gruppe der obdachlosen Menschen in Hannover. Gerade diese Menschengruppe hat im Sommer Probleme damit, hydriert zu bleiben. Zwar sehen wir, dass es in der Region Hannover in den vergangenen Jahren Fortschritte bei der Wasserversorgung obdachloser Menschen im Sommer gab. Jedoch reichen diese Fortschritte nicht aus.

So gibt es z. B. in der Stadt Hannover noch immer etliche Stadtteile, in denen es gar keine öffentlichen Trinkwasserbrunnen gibt, so z. B. in Vinnhorst, Hainholz, Groß-Buchholz, Kleefeld etc.

Die Stadt Hannover verweist auf ihrer Webseite auf die Möglichkeit, Wasser aus den Wasserhähnen der städtischen öffentlichen Toiletten zu entnehmen. Ganz davon ab, dass dieser Hinweis vor Respektlosigkeit obdachlosen Menschen gegenüber strotzt, gibt es auch viele Orte, an denen es gar keine öffentlichen Toiletten gibt.

Daher fordern wir, dass die Verfügbarkeit öffentlicher Trinkwasserbrunnen im Bereich der Region Hannover stark ausgeweitet wird, sodass ein flächendeckendes Netz an öffentlichen, frei zugänglichen Trinkwasserbrunnen im gesamten Regionsgebiet entsteht.

Antrag K02: Gefahrenquellen verhindern und Barrierefreiheit gewährleisten – Feste Abstellzonen für E-Scooter einrichten

Antragsteller*in:	Juso-AG NordOst
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

die Einrichtung von festen Abstellzonen für E-Scooter in der Region Hannover. Hierbei sollen die Abstellzonen so gewählt werden, dass die E-Scooter an diesen Orten keine Gefahr bzw. Behinderung für andere Verkehrsteilnehmer darstellen. Eine Barrierefreiheit muss jederzeit in Hannover gewährleistet werden.

Die Anbieter müssen außerdem gewährleisten, dass es nicht mehr möglich ist die E-Scooter an anderen Orten als in den Abstellzonen abzustellen. Bei Verstößen müssen die Anbieter außerdem ein angemessenes Bußgeld zahlen und gewährleisten, dass die E-Scooter schnellstmöglich, spätestens aber 3 Stunden nach Bekanntwerden, entfernt werden.

Begründung

Die sogenannten E-Scooter gehören mittlerweile zum festen Stadtbild in Hannover. Jedoch kommt es häufig vor, dass sie an Orten abgestellt werden an denen sie eine Behinderung oder Gefährdung für andere Teilnehmer des Straßenverkehrs darstellen. Auch die Barrierefreiheit in Hannover kann dadurch nicht jederzeit gewährleistet werden.

Im Februar 2023 wurde bereits eine Vereinbarung zwischen der Stadt Hannover und den Anbietern geschlossen. Hierbei wurden bereits Maßnahmen wie Verbotszonen oder das Entfernen der E-Scooter innerhalb von spätestens 6 Stunden nach Bekanntwerden beschlossen.

Diese Maßnahmen scheinen jedoch nicht auszureichen, denn nach wie vor findet man die Roller auf Geh- und Radwegen, an Fußgängerüberwegen, an Bahn- und Bushaltestellen sowie vor Ein- und Ausgängen zu Gebäuden. Aus diesem Grund fordern wir die Regelungen für die Anbieter noch einmal zu verschärfen, damit eine Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gewährleistet werden kann und keine Gefahrensituationen für andere Verkehrsteilnehmer entstehen. Darüber hinaus sollten diese Regelungen nicht nur fir die Stadt Hannover gelten sondern für die gesamte Region.

Antrag K03: Leerstand bekämpfen!

Antragsteller*in:	Juso-AG Südstadt-Bult
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

Eigentümer*innen von Immobilien sollen zur Nutzung ihres Eigentums durch Vermietung bzw. Eigennutzung verpflichtet werden. Sollten Immobilien in, für die Gemeinschaft besonders wichtigen Lagen, vorsätzlich dem Leerstand überlassen werden, so sollen durch die Kommune Strafzahlungen erhoben werden. Diese Strafzahlungen sollen bei längerem Leerstand eine Höhe erreichen, dass der Leerstand trotz möglicher Wertsteigerung der Immobilie unwirtschaftlich wird.

Begründung

Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Wohnraum wurde zur Nutzung als Wohnung errichtet und Gewerbeimmobilien zur Nutzung durch Gewerbe. Trotzdem entscheiden sich immer mehr Immobilieneigentümer*innen, ihre Immobilien leerstehen zu lassen. Die Kalkulation dahinter ist simpel: Auch unvermietete Immobilien rentieren sich. Der Wertanstieg der Immobilie genügt dem Kapitalinteresse auch ohne Mieteinnahmen bzw. die Wertsteigerung der ungenutzten Immobilien übersteige die der genutzten inkl. Nettomieteinnahmen. Das darf so nicht sein. Solange es für Immobilien ein Nutzungsinteresse gibt, dürfen diese nicht absichtlich leerstehen gelassen werden!

Antrag K04: Eine Bank macht noch keine Atmosphäre. Für mehr Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Antragsteller*in:	Juso-AG Südstadt-Bult
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

Wir fordern die SPD-Stadtratsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass im Innenstadtbereich und in den einzelnen Stadtteilen und Quartieren öffentliche Räume geschaffen werden, die vielfältig und für alle Personen ansprechend sind. Dabei soll ein besonderes Augenmerk auf Gestaltung und Infrastruktur gelegt werden. Großflächig versiegelte Flächen sollen vermieden werden, stattdessen sollen die Orte an die durch den Klimawandel veränderten Ansprüche angepasst sein. Dazu zählen ausreichend Schatten, Wasserspender und ggf. Spielgeräte, die bei zu hohen Temperaturen nicht überhitzen. Die lokale Bevölkerung soll wo möglich in Gestaltungsprozesse und Planung mit eingebunden werden. Denkbare Ideen wären ein Bücherregal, Tischtennisplatten, künstlerische Mitgestaltung von Spielplätzen etc. Andere Ideen sind Spielfeldmarkierungen für alle Altersklassen und verschiedenste Zwecke im Pflaster (Hüpfspiele, Flunkyball, Schach). Über Kooperation und finanzielle Entschädigung durch angrenzende Gastronomie soll nach dem Konzept der “netten Toilette” auch ein Zugang zu einem WC und eine Möglichkeit zum Händewaschen sichergestellt werden. Abends muss eine gute Beleuchtung sichergestellt sein.

Die meisten Plätze sollen alle Bevölkerungsgruppen ansprechen, einige Plätze sollen explizit auf die Bedürfnisse einzelner Gruppen spezialisiert sein, bspw. mit besonderem Augenmerk auf Inklusion, Jugendliche oder Rentner:innen. Die Stadtratsfraktion soll sich bei der Gestaltung der spezialisierten Plätze mit den entsprechenden SPD AGen zusammensetzen.

Es soll darüber nachgedacht werden, für einige ausgewählte Plätze wechselnde gastronomische Versorgung zu ermöglichen, damit örtliche Gaststätten die Möglichkeit haben, ihr Angebot dem Publikum zu präsentieren und gleichzeitig eine Versorgung sichergestellt ist.

Im Zweifelsfall soll sich die Stadtratsfraktion dafür einsetzen, dass Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf bei der Förderung zuerst bedacht werden.

Begründung

In einer Zeit, in der die Mieten immer weiter steigen und Wohnraum immer knapper wird, muss besonderes Augenmerk auf den öffentlichen Raum gelenkt werden. Hier brauchen wir Plätze, auf denen sich alle wohlfühlen. Nicht jede Person kann es sich leisten, regelmäßig in ein Cafe zu gehen. Deshalb ist es unsere Aufgabe, für kostenfreie Angebote im öffentlichen Raum zu sorgen.

Viel zu oft wird das vermeintliche Problem mit einer Bank auf einem zubetonierten Platz “gelöst”. Doch eine Bank macht noch keine Aufenthaltsqualität. Auch die temporäre Umnutzung von öffentlichen Flächen löst das Problem nicht. Vielmehr brauchen wir ein Umdenken hin zu öffentlichen Räumen, die auf die Bedürfnisse der Bevölkerung angepasst sind und wirklich für alle gedacht sind. Öffentliche Plätze wieder zu Begegnungsorten mit hoher Verweilqualität zu machen, steigert die Qualität von Quartieren und sorgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere Stadt der Zukunft findet nicht nur im Stadtzentrum, sondern

im ganzen Stadtgebiet statt.

Antrag K05: Ausbau kostenloser Toiletten

Antragsteller*in:	Juso-AG Vahrenwald-List
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

Die Juso Unterbezirkskonferenz möge beschließen:

Es gibt derzeit zu wenig öffentliche Infrastruktur für Toiletten, besonders in den nicht so zentralen Stadtteilen wie zum Beispiel der Nordstadt oder in Linden. Zudem sind nicht alle Toiletten kostenlos, sondern es wird ein Betrag von 50ct verlangt.

Aus dem Mangel an öffentlichen und kostenlosen Toiletten entstehen unterschiedliche Folgen. Viele Männer entscheiden sich für das Wildpinkeln, wodurch ein Uringeruch zum Beispiel auf der Limmerstraße oder an in der Nordstadt entsteht. Ein weiterer Punkt sind die Öffnungszeiten, die meisten Toiletten öffnen erst um 8 oder 9 Uhr. Auch die Schließzeiten sind Teil des Problems. Im Winter schließen einige Toiletten bereits um 16.00 oder 17.00 Uhr. Es gibt nur eine Toilette in Hannover welche für 24 Stunden geöffnet ist. Des Weiteren gibt es drei Toiletten, welche zwar 24 Stunden geöffnet sind, dabei handelt es sich allerdings um Pissoires, welche nur für Männer nutzbar sind. Dies ist ein Problem für viele Menschen, doch besonders betroffen sind obdachlose Personen und Frauen. Obdachlose Personen haben keine würdevolle Möglichkeit ihre Notdurft wo anders als in öffentlichen Toiletten zu verrichten. FINTA-Personen müssen durch diese baulichen Gegebenheiten lange nach einer Möglichkeit suchen, um auf die Toilette gehen zu können. Häufig muss man als Frau in Restaurants oder Gastronomin bitten, damit man seine Notdurft verrichten darf. Häufig verlangen Kneipen oder andere dafür dann noch einen Geldbetrag. Frauen haben nicht die Möglichkeit in einer dunklen Ecke zu verschwinden. Dunkle Ecken sind für viele FINTAs Angsträume in die man sich nicht freiwillig begeben möchte. Des Weiteren ist das pinkeln in der Öffentlichkeit für Frauen besonders entwürdigend, da sie ihre Hose dabei herunterlassen müssen. Wir dürfen nicht vergessen, dass das Verrichten seiner Notdurft ein Menschenrecht und ein Grundrecht ist!

Deshalb fordern wir Jusos Region Hannover:

• Die Anzahl der öffentlichen und kostenlosen Toiletten flächendeckend zu erhöhen

• 24-Stunden Öffnungszeiten (selbstreinigende und -öffnende Toilettenräume)

• Zur Barrierefreiheit sollen auch wenn möglich immer Behindertentoiletten gebaut werden, die mit dem „Euro-WC“-Schlüssel/schloss System ausgestattet sind

• Bei der Planung von neuen Standorten, soll in Zukunft immer auch die Einrichtung einer „Toilette für alle“ geprüft und bestenfalls umgesetzt werden

Antrag K06: Verbot und Rückbau Obdachlosenfeindlicher Architektur

Antragsteller*in:	Juso-AG Vahrenwald-List
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

1 • Verbot von Neubebauung öffentlicher Plätze mit obdachlosenfeindlicher Architektur

2 • Rückbau bereits bestehender obdachlosenfeindlicher Architektur

Begründung

Mit obdachlosenfeindlicher Architektur wird ein solcher Baustil gemeint, der bei Menschen, die Gegenstände oder Flächen zur Erholung oder zum Schlaf benutzen, Schmerz und Leid entweder durch direkte schädliche Konstruktion, zum Beispiel Beton- oder Metallstacheln oder durch indirekte schädliche Konstruktion, wie zum Beispiel Partierung von Bänken in kleine Flächen oder Höhenunterschiede in der Bank, auslösen sollen.

Die Konstruktion von einer Stadt, die bei ihren ärmsten Einwohnern Schmerz und Leid auslösen soll nicht tragbar, erst recht wenn ihre mit größte Ratsfraktion „Eine Stadt Für Alle“ fordert. Zudem ist die Obdachlosigkeit keine freiwillige Entscheidung, sondern ein Weg des Leids, in den man unfreiwillig hineingerät. Eine indirekte, außergerichtliche Bestrafung durch Schmerzen und bleibende Schäden dafür, dass diese Menschen versuchen ihr Leid ein wenig durch eine Schlafgrundlage zu minimieren ist weder mit der Sozialdemokratie noch mit irgend einem Gedanken von Solidarität zu vereinbaren.

Außerdem löst Obdachlosenfeindliche Architektur kein Problem, sondern verdrängt die Obdachlosigkeit lediglich in andere Gebiete. Im schlechtesten Fall genau dort hin wo wir als Stadt schon so zu wenig dafür tun, um die Lebensqualität für alle adäquat zu halten. Verdrängung der Ärmsten zu den Armen löst die Probleme keiner der Gruppen denen wir ein Solidaritätsverprechen geben, sondern macht ihre Probleme wahrscheinlich noch größer und spielt sie gegeneinander aus. Eine Taktik, die wir als Sozialist*innen und Sozialdemokrat*innen niemals anwenden und eigentlich bekämpfen müssen.

Zudem sorgt eine solche Architektur auch dafür, dass auch Menschen mit Unterkunft ihre Stadt nicht vernünftig nutzen können. Stacheln unterscheiden nicht wem sie Schaden, ob ein Kind auf ihnen verunglückt oder eine Obdachlose Person versucht einen Ort zum Schlafen zu finden. Bänke die so designet sind, dass man nur einzeln auf ihnen Sitzen kann behindern das Soziale zusammenleben in unserer Stadt. Aber auch wenn nur das liegen verhindert werden soll leidet sowohl der Ärmste teil unserer Bevölkerung den dieser Antrag zu schützen ersucht sowie aber auch alle anderen Bewohner*innen Hannovers, denn auch Menschen mit Unterkunft wollen sich ab und an, erst recht bei gutem Wetter, an die frische Luft legen.

Zusammengefasst gibt ein solcher Baustil ein Bild einer feindseligen, unsozialen Stadt ab, die allen ein wenig Leid zufügt, nur um denen die am wenigsten haben ihr größtes Leid noch zu vergrößern. Es breitet sich mit dieser Architektur ein Bild einer Stadt für niemanden aus.

Antrag K07: „Muss“ ist ein Muss! – Änderung §36 NKomVG

Antragsteller*in:	Juso-AG Wennigsen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	K - Kommunales

Es wird gefordert, den Paragrafen §36 des NKomVG über die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen von der Formulierung „sollen“ zu „müssen“ abzuändern.

§36 Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Gemeinden und Samtgemeinden ~~*sollen*~~ *müssen* Kinder und Jugendliche bei Planungen und Vorhaben, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise beteiligen.

Hierzu ~~*sollen*~~ *müssen* die Gemeinden und Samtgemeinden über die in diesem Gesetz vorgesehene Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner hinaus geeignete Verfahren entwickeln und durchführen.

Begründung

Zunehmend müssen wir in Deutschland zusehen, wie die sogenannte Politikverdrossenheit sich in der Gesellschaft verbreitet. Nicht nur hier, auf der ganzen Welt, verlieren die Menschen das Interesse an Politik.

Das Interesse für Politik entsteht nicht erst mit einem gewissen Geburtstag oder nach einer besonderen Prüfung. Spätestens in der ersten Klasse kommt, mit der Wahl der Klassensprecher*innen der erste offizielle Prozess. Doch damals war man noch aufgeregt, wollte das unbedingt man selbst oder sein/e Freund*in gewinnt. Diese Motivation geht mit dem Beginn der Pubertät wieder verloren – aber warum?

Weil man keine Lust hat zum achten Mal dieselbe Person zu wählen und das für ein Amt, was nach zwei Konferenzen meist abgehakt ist.

Es fehlt Forderung, spannende Prozesse und sichtbare Endergebnisse. Es fehlt die Herausforderung.

Dazu möchten wir die Kommunen und Städte mehr in Verantwortung ziehen. Der aktuelle Passus führt dabei schon in eine richtige Richtung. Verteilt über die Region Hannover gibt es viele Jugendparlamente oder -beiräte, die sich über die letzten Jahre eine effektive Position in den politischen Prozessen etabliert haben. Doch ist das nicht genug. Jugendliche müssen ab spätestens 14 Jahren einen Zugang zu solch einem Gremium bekommen, wo sie nicht nur Politik „spielen“ können, sondern wirkliche Arbeit leisten können. Wo sie sich für ihre Gleichaltrigen einsetzen und hautnah Erlebnisse erzielen können.

Denn damit kann ein Vertrauen in politische Prozesse aufgebaut, ein kritisches Denken entwickelt und die vielen Möglichkeiten unserer Demokratie erlebt werden.

Antrag O01: Jährliche Delegiertenwahlen für mehr innerparteiliche Demokratie

Antragsteller*in:	Juso-AG NordOst
Status:	angenommen
Sachgebiet:	O - Organisation

In einigen SPD-Ortsvereinen ist es gelebte Praxis, dass dieselben Mitglieder über Jahre hinweg als Delegierte zu Parteitagen, Konferenzen o. ä. fahren. Bislang geben die Satzungen der verschiedenen SPD-Ebenen dies her. Die Folge ist, dass neue aktive Mitglieder, insbesondere junge Menschen, keine Chance haben, über die Ortsvereine in eine Delegation für ebendiese Parteitage gewählt zu werden. In einigen Fällen wird diese satzungsrechtliche Lücke bewusst dafür genutzt, die erwünschten Personen über Jahre zu Parteitagen fahren zu lassen, sobald diese einmal in der „richtigen“, vom Vorstand erwünschten Konstellation gewählt worden sind. Trotz monatlich stattfindender Ortsvereinssitzungen und regelmäßiger Mitgliederversammlungen werden Tagesordnungspunkte zur Wahl von Delegierten bewusst nicht aufgerufen. Es handelt sich hierbei also nicht um ein Zurückgreifen auf ein altes Wahlergebnis aus zeitlichen oder organisatorischen Gründen, sondern als taktisches Mittel, um innerparteilichen Diskrepanzen zu begegnen.

Wir fordern daher, die Statuten der einzelnen SPD-Ebenen dahingehend zu ändern, dass die Delegierten der Ortsvereine zum Unterbezirks- und Bezirksparteitag mindestens alle zwei Jahre neu gewählt werden müssen. Eine Ausnahme davon soll es nur bei außerordentlichen Parteitagen geben, da hier die Vorlaufzeit erheblich geringer ausfällt.

Zwischen den Zeilen 18 und 19 soll als Absatz eingefügt werden: „§ 6 Nr. 1a) S. 1 des Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten Delegierten“.

Konkret sollen folgende Ergänzungen in den Statuten vorgenommen werden:

§ 6 Nr. 1a) S. 1 des Statuts des SPD-Stadtverbandes Hannover („aus 150 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.“): ergänze „alle zwei Jahre neu“ zwischen „in den Ortsvereinen“ und „gewählten Delegierten

- § 4 Nr. 1a S. 1 des Statuts des SPD-Unterbezirks Region Hannover („Er [der Unterbezirksparteitag] setzt sich zusammen aus 200 in den Ortsvereinen gewählten Delegierten.“): ergänze „jährlich neu“ zwischen „aus 200“ und „in den Ortsvereinen“
- § 6 Abs. 1 Nr. 1 S. 4 des Organisationsstatuts des SPD-Bezirks Hannover („Die Unterbezirke können in ihren Satzungen bestimmen, dass bis zu drei Viertel der nach Satz 1 zu wählenden Delegierten [zum Bezirksparteitag] unmittelbar in den Ortsvereinen gewählt werden.“): ergänze „und jährlich neu“ zwischen „unmittelbar“ und „in den Ortsvereinen“

Die Delegierten zum Landesparteitag werden zwar von den Bezirken und nicht von den Ortsvereinen gewählt und findet nur alle zwei Jahre statt, dennoch sollte auch hier eine Konkretisierung vorgenommen werden, um die regelmäßige Neuwahl der Delegation sicherzustellen:

§ 4 Abs. 2 S. 1 der Satzung und Wahlordnung des Landesverbandes Niedersachsen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands („Er [der Landesparteitag] setzt sich zusammen aus den in den Bezirken gewählten 200 Delegierten und den Landesvorstandsmitgliedern."): ergänze „vor jedem Landesparteitag neu" zwischen „in den Bezirken" und „gewählten 200 Delegierten"

Bei den Jusos wird die jährliche Neuwahl der Delegation bereits jetzt so gehandhabt, ein Beispiel ist in der Richtlinie für die Jusos im Bezirk Hannover zu finden: „Die Delegierten sind in den Unterbezirken jedes Jahr neu und quotiert zu wählen." [Abs. 6 Nr. af) Grundsätze und Richtlinie für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialisten (Jusos) im SPD-Bezirk Hannover].

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag O02: Zur Verbesserung der politischen Partizipation – Ein sozialistischer Richtungsverband für ALLE jungen Menschen

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	O - Organisation

Sozialismus, Feminismus, Internationalismus und Antifaschismus. Diese vier Grundsätze sind die Leitlinien für unser Handeln und Wirken. Sie umreißen, worum es uns als linker, sozialistischer Richtungsverband geht. Wir stehen für soziale Gerechtigkeit, eine Gesellschaft frei von Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Art. „Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen“, wie es auch auf unserer Homepage heißt. Wir stellen uns also entschieden gegen jede Form von Diskriminierung. Wir Jusos sollten jedoch auch einen Teil der Gesellschaft in Deutschland in allen Facetten widerspiegeln. Patriarchale, ausschließende und diskriminierende Strukturen existieren, wenn auch vermehrt subtil, ebenfalls in diesem Verband. Akzeptanz und Toleranz solcher Strukturen sind hierbei in keinster Weise angemessen und müssen daher aktiv bekämpft werden. Denn es reicht nicht nur über Diskriminierung, Gerechtigkeit, Fairness und Inklusion zu sprechen oder die Missachtung dessen in der Gesellschaft aufzuzeigen. Es braucht vielmehr ein wiederholt starkes Bekenntnis dazu und eine kritische Auseinandersetzung mit den innerverbandlichen Gegebenheiten. Jeder junge Mensch, der sich in den Werten und Grundsätzen der Jusos wiederfindet und sie vertritt, soll die Möglichkeit haben, sich aktiv in unsere Verbandsarbeit einzubringen, ohne schwer überwindbare Barrieren vorzufinden. Die Jusos müssen inklusiv arbeiten, denken und handeln. Die Sprachwahl und der Ton bei Veranstaltungen sollten weniger akademisiert, dafür jedoch sprachlich eindeutig und unkompliziert sein. Andernfalls besteht die Möglichkeit, dass sich motivierte junge Menschen mit relevanten Anliegen und Erfahrungen ausgeschlossen fühlen. An dieser Stelle ist zu betonen: Ein Studium bildet hier ganz klar KEINE (!) Voraussetzung zur Teilhabe am politischen Geschehen der Jusos. Weiter braucht es ein stärkeres innerverbandliches Empowerment von ALLEN für ALLE, die sich aktiv einbringen wollen. Schließlich ist es, gemäß des Parteiengesetzes, unsere Aufgabe als Jugendorganisation der SPD: „Teilhabe am politischen Leben zu fördern“ und „befähigte Bürger*innen zur Übernahme öffentlicher Verantwortung heranzubilden.“ Die Arbeit aller Mitglieder sollte außerdem stärker anerkannt und gewürdigt werden. Ein Klima der voreiligen Bewertung und Verunsicherung ist dementsprechend zu vermeiden und muss entschieden zurückgewiesen werden. In diesem Zusammenhang ist auch verstärkt sicherzustellen, dass (Rede-)Beiträge von FINTA-Personen respektvoll und ohne Unterbrechungen Gehör finden. Jeder mündliche Beitrag sollte gleichermaßen wertgeschätzt werden, wobei bestehende Regelungen zur paritätischen Verteilung bei Redebeiträgen konsequent eingehalten werden müssen. Bei Missachtung dieser Regelungen darf nicht darüber hinweggesehen werden, sondern es bedarf entsprechender Maßnahmen zur Gewährleistung der Gleichberechtigung. Wenn die zeitgemäßen Standards eines respektvollen und wertschätzenden Umgangs nicht gewährleistet werden können, droht eine Abschreckung und zunehmende Politikverdrossenheit motivierter und interessierter junger Menschen. Unser Ziel muss daher sein, eine Mitarbeit bei den Jusos für ALLE und frei von jeglichen Hemmnissen oder Barrieren zu verteidigen, um so die sozialdemokratische

Politik weiter in die Zukunft zu tragen. Im Sinne der genannten Argumente dieser Resolution bekennen sich die Jusos auf Grundlage der eigenen Grundwerte und dem Bestreben auch innerverbandlich soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu leben, zu den folgenden Punkten:

1. Konsequente Achtung eines respektvollen und unterstützenden Umgangs: Reflexion bestehender und Schaffung weiterer Mechanismen zur Gewährleistung eines respktvollen und unterstützenden Verhaltens im Sinne der Gleichberechtigung (z.B. durch die Stärkung der Awareness-Team-Strukturen). Hierzu gehört auch ein konsequenter Umgang mit Missachtung der bestehenden Regelungen.

2. Vielfältige und inklusive Sprachpolitik:

Förderung von Maßnahmen zur Überwindung von Sprachbarrieren, um sicherzustellen, dass Inhalte verständlich sind und eigene Beiträge von ALLEN Mitgliedern geleistet werden können.

3. Empowerment für ALLE:

Intersektionalität mitbedenken. Interessierte und motivierte junge Menschen sollten unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Sprache oder sozioökonomischem Status zur politischen Mitwirkung und Teilhabe empowered werden. Hierzu müssen unteranderem Unterstützungsangebote niedrigschwellig zugänglich gemacht werden.

4. Politische Partizipation für ALLE:

Entwicklung von Materialien, die politische und verbandsbezogene Prozesse, Strukturen und Ziele einfach und verständlich erklären, um eine niedrigschwellige politische Partizipation zu gewährleisten.

5. Feedback-Mechanismen:

Schaffung von regelmäßigen Feedback-Möglichkeiten, um die Bedürfnisse und Anliegen aller Mitglieder zu berücksichtigen und kontinuierlich Maßnahmen zur Verbesserung zu ergreifen.

Antrag O04: Plattform für Beschlussbücher

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	O - Organisation

1 Wir fordern eine Plattform für Beschlussbücher der unterschiedlichen Konferenzen.
2 Diese soll für alle Jusos offen zugänglich für alle Ebenen eingerichtet werden.

Begründung

Aktuell ist der Zugriff auf alle Beschlussbücher verschiedener Juso-Konferenzen nicht gegeben. Dies führt dazu, dass viele (insbesondere neue) Jusos keinen Überblick über bereits beschlossene Anträge haben. Dadurch wird wertvolle Arbeit in Anträge gesteckt, obwohl diese dann möglicherweise auf Konferenzen nicht behandelt werden, da diese bereits beschlossen wurden. Das ist zum einen schade für die Arbeit des*der Antragsteller*in sowie doppelte Arbeit für die Delegierten der Konferenzen. Zudem könnte eine offene Plattform für Beschlüsse für Inspiration sorgen und neue Ideen generieren.

Antrag S01: Resolution gegen die Bürger:innengeldsanktionen

Antragsteller*in:	Juso-AG Linden-Limmer
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Soziales

„Mit dem Bürgergeld schaffen wir einen echten Kulturwandel in der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Wir setzen künftig auf mehr Respekt und gerechte Teilhabe“, heißt es vor einem Jahr auf der SPD-Homepage von unseren Vorsitzenden Saskia Esken und Lars Klingbeil. Ein Jahr später werden die menschenrechtsverletzenden Vollsanktionen von unserem „sozialdemokratischen“ Arbeitsminister Hubertus Heil wieder eingeführt, um den Bundeshaushalt 2024 mit prognostizierten 170 Millionen Euro zu entlasten.

Bürger*innengeldemfänger*innen, die Jobangebote der Agentur für Arbeit ablehnen, droht nun eine Streichung der gesamten Grundsicherung. Wir fordern eine sofortige Rücknahme dieser Anpassung und die Abschaffung aller Sanktionen. Das Bürger*innengeld, welches als „größte Sozialreform seit 20 Jahren“ von der Ampel-Regierung bezeichnet wird, sollte seiner grundlegenden Funktion gerecht werden und Menschen in prekären Lebenssituationen unterstützen, anstatt sie durch Sanktionen weiter zu belasten und unter Generalverdacht zu stellen. Menschen als Sanktion hungern zu lassen, ist weder mit den Menschenrechten und erst recht nicht mit unseren sozialdemokratischen Werten vereinbar. Sanktionen verstärken Armut und soziale Ausgrenzung, anstatt Menschen zu befähigen, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Eine solidarische und respektvolle Gesellschaft sollte darauf abzielen, Menschen zu unterstützen und Perspektiven zu bieten, anstatt sie weiter zu marginalisieren.

Im Angesicht des zunehmenden Rechtsrucks ist es umso essenzieller, dass wir als progressive Stimme den Prinzipien der Menschlichkeit und Solidarität treu bleiben und uns angebliche Probleme nicht von rechts diktieren lassen. Deshalb brauchen wir eine stärkere und gezieltere Unterstützung, zum Beispiel in Form von sinnvollen Weiterbildungsmaßnahmen.

Antrag S02: Vollständige Solidarität in der Sozialversicherung

Antragsteller*in:	Juso-AG NordOst
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Soziales

Aktuell ist das System unserer Krankenversicherung durch die Unterteilung in gesetzliche und private Krankenversicherung zu einem großen Teil unsolidarisch, Leistungen werden ungerecht verteilt und Privatpatienten sind meist (sogar zu ihrem eigenen Nachteil) überversorgt. Eine gerechte und zukunftsfähige Gesundheitsversorgung der Bürger funktioniert nur nach einem Konzept ähnlich zur Bürgerversicherung. Damit dieser Antrag aufgrund der bisher vorhandenen Wahlmöglichkeit einer privaten Krankenversicherung nicht untergraben werden kann, muss dies zunächst keine Option mehr sein.

Denn aktuell sind die Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung für das Jahr 2024 ab einem jährlichen Einkommen von 62.100 € und für die Renten- und Arbeitslosenversicherung ab einem jährlichen Einkommen von 90.600 €, bzw. 89.400 € maximal und jegliches Einkommen darüber ist von diesen Beiträgen befreit. Interessanterweise führt das dazu, dass die gesamte Abgabenlast mit darübersteigendem Einkommen nur noch ganz langsam ansteigt. So liegt die gesamte Abgabenlast für Arbeitnehmende (Steuern und Sozialversicherung) bei einem jährlichen Einkommen von 40.000 € bei ca. 35 % und mit 70.000 € bei ca. 40 %. Mit einem Einkommen von 100.000 € liegt diese nur unwesentlich höher bei 42 % und mit 150.000 € bei 43 %. Selbst durch die sogenannte Reichensteuer bei sehr hohen Einkommen steigt die Abgabenlast nicht mehr wirklich. Insgesamt muss also die ganze Entwicklung insbesondere für mittlere Einkommen angepasst werden, weil hier die Abgabenlast so schnell ansteigt, dass anteilig weniger vom Mehrverdienst übrigbleibt als bei hohen Einkommen.

Mit einer Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze in der Krankenversicherung und Rentenversicherung könnten die Beiträge und die Abgabenlast grundsätzlich sinken, zumal es auch denkbar wäre weitere Einkünfte, z.B. aus Vermögen als Einkommen anzusehen und unter Berücksichtigung zusätzlicher Freibeträge zu besteuern, sodass die Abgaben auf Einkommen aus Arbeit grundsätzlich deutlich niedriger ausfallen können. Denn wenn sich da in den nächsten Jahren wenig tut, kann es sein, dass in eine Situation gesteuert wird, in der es für viele kaum einen Unterschied im tatsächlich verfügbaren Einkommen bedeutet, ob man mit einem mittleren Einkommen z.B. 100 % oder nur 75 % arbeitet.

Daher fordern wir ein Aufheben der Beitragsbemessungsgrenzen mit gleichzeitiger Verringerung der prozentualen Sätze, sodass sich für alle Einkommen bis zum jährlich sechsstelligen Bereich eine schwächer werdende Entlastung ergibt. Dafür muss im Fall der Krankenversicherung das Konzept der Bürgerversicherung eingeführt werden und die Wahlmöglichkeit einer privaten Krankenversicherung abgeschafft werden (zusätzliche Leistungsbausteine als Zusatzversicherung sind natürlich weiterhin möglich). Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Verteilung der Abgabenlast und der Anstieg dieser zur Verteilung der Einkommen passt und sich insbesondere für niedrige und mittlere Einkommen Mehreinkünfte wirklich lohnen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag S03: Finanzielle Sicherung für soziale Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit

Antragsteller*in:	Juso-AG SüdWest
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Soziales

Wir fordern die SPD-Fraktionen in allen Stadträten in der Region Hannover dazu auf, sich für den Schutz und die finanzielle Sicherung von sozialen Projekten, insbesondere für Kinderund Jugendliche, einzusetzen.

So darf für keinen Haushaltsentwurf gestimmt werden, der für solche Projekte Einsparungen vorsieht.

Selbes gilt für Nachtragshaushalte und Haushaltssicherungskonzepte. Wir fordern einen Bestandschutz für soziale Projekte. So müssen jegliche finanziellen Leistungen bzw. Bezüge an soziale Einrichtungen und soziale Projekte, sowohl städtischer als auch freier Träger, in den Haushalten mindestens auf dem Niveau des Vorjahres fortbestehen.

Die Beträge dürfen den Wert aus dem Vorjahr nicht unterschreiten, wobei ein jährlicher Inflationsausgleich anzuwenden ist. Diese Bestandschutz darf nur ausgenommen werden, wenn eine Einrichtung bzw. ein Träger dies wünscht, rechtliche Verfehlungen in der Einrichtung bzw. beim Träger vorliegen oder in der Einrichtung bzw. beim Träger gegen freiheitliche demokratische Grundwerte gehandelt wird.

Begründung

Die immer größer werdenden finanziellen Belastungen für Städte und Kommunen stellt auch die Landeshauptstadt Hannover zunehmend vor Herausforderungen. Mit dem Haushaltssicherungskonzept, kurz HSK, mussten Rat und Verwaltung einen Kompromiss finden, um den Doppelhaushalt der Landeshauptstadt Hannover für die Jahre 2023 und 2024 durchbringen zu können, ohne eine Überschuldung zu verursachen. Klar ist, dass auch hier die massive Geißelung durch die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einen Teil zur aktuellen Situation in den Kommunalhaushalten beiträgt, jedoch kann auf kommunaler Ebene nichts an dieser Situation verändert werden. Die im Herbst 2023 angekündigte Einsparmaßnahme der Landeshauptstadt Hannover, die Kürzung von städtischen Zuschüssen an Vereine und Verbände in Höhe von sechs Millionen Euro pro Jahr, sei Ende Januar 2024 vom Tisch, weil die Region Hannover ausgeholfen habe. Für das Jahr 2027 liege aber noch keine Sicherung vor (vgl. HAZ-Artikel vom 25.01.2024: Stadt will 120 Millionen Euro einsparen: Jugendtreffs und Bibliotheken dicht –Herrenhäuser Gärten werden teurer), sodass die Debatte um Kürzungen und Einsparmaßnahmen erneut losgehen wird. Allein dieser Umstand sorgt für Unmut bei Vereinen und Verbänden, die auf die Zuschüsse der Landeshauptstadt Hannover angewiesen sind, um Investitionen in ihre Infrastruktur zu tätigen oder den Tagesbetrieb am Laufen zu halten. Auch aus dem Gespräch mit den Falken in unserer Unterbezirks-Vollversammlung vom 22.11.2023 ging hervor, dass die Existenz unter anderen der Projekte „Bauwagentreff“ in Wettbergen und „Canarisweg“ in Mühlenberg von den Zuschüssen der Landeshauptstadt Hannover abhänge. Hier greift die Forderung des Antrages ein und gibt Vereinen und Verbänden, die soziale Projekte durchführen, eine bessere Planungssicherheit. Im Januar 2024 verkündete die Landeshauptstadt Hannover ebenfalls, bei Jugendtreffs, die in städtischer Hand liegen, zukünftig einzusparen. So sollen Jugendzentren zusammengelegt und kleinere Jugendtreffs gar geschlossen werden. So gebe man das Jugendcafé Krokus sowie die Jugendtreffs in Herrenhausen, in Marienwerder und in

Vinnhorst auf. Dagegen sollen die Einrichtungen in Stöcken und in Kronsberg-Süd ausgebaut werden (vgl. HAZ-Artikel vom 25.01.2024: Stadt will 120 Millionen Euro einsparen: Jugendtreffs und Bibliotheken dicht – Herrenhäuser Gärten werden teurer). Auch hier würde die Forderung einen Haken vorschieben, denn auch in Einrichtungen, die in städtischer Hand liegen, dürfte nicht finanziell gespart werden. Zusammenfassend ist der Antrag ein Appell an alle SPD-Fraktionen in den Stadträten in der Region Hannover. Die Haushaltslage ist politisch gemacht, Investitionen in umstrittene Innenstadtkonzepte dürfen nicht Vereinen und Verbände, und insbesondere der Kinder- und Jugendarbeit, zur Last fallen. Sie tragen in sozialen Brennpunkten zum Erhalt des sozialen Zusammenhalts bei und sind ein unermesslicher Gewinn für die Kommunen in der Region Hannover. Die Einsparmaßnahmen mögen einen Haushalt bereinigen, den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft werden sie beschmutzen.

Antrag S04: Infotafeln zu Hilfsangeboten bei Obdachlosigkeit

Antragsteller*in:	Juso-AG NordOst
Status:	angenommen
Sachgebiet:	S - Soziales

In Hannover gibt es inzwischen erfreulicherweise viele – wenn auch nach wie vor nicht genügend –Hilfsangebote für obdachlose Menschen. Beispielhaft zu nennen sind hier neben Nachtunterkünften und Beratungsangeboten der Kältebus der Johanniter sowie verschiedene Essensausgaben. Diese mobilen Hilfsangebote sind zu bestimmten Uhrzeiten an konkreten Orten zu finden. Wann dies wo der Fall ist, ist jedoch nicht jeder obdachlosen Person bekannt. Hilfreich wären hierfür kleine Infotafeln, die an den verschiedenen Orten, beispielsweise am Kröpcke, angebracht werden.

Auf diesen Tafeln sollen darüber hinaus Kontaktmöglichkeiten zu den Verantwortlichen der Hilfsangebote notiert sein. In manchen Fällen können einzelne der regelmäßigen Termine wegen Krankheit der Ehrenamtlichen oder aus anderen Gründen spontan nicht angeboten werden. Dies führt dazu, dass die betroffenen Menschen teilweise über Stunden in der Kälte warten, weil sie weiterhin auf eine warme Mahlzeit hoffen und nicht wissen, ob sich die Essensausgabe bloß verspätet. Kontaktmöglichkeiten mit obdachlosen Menschen sind in beide Kommunikationsrichtungen oft ein Problem, da internetfähige Handys aus Kostengründen nicht in der Breite vorhanden sind und somit auch die Recherche der Telefonnummer von Hilfsangeboten erschwert ist. Ist eine Telefonnummer durch die Infotafel bereits bekannt, können Anrufe auch von Handys ohne Zugang zum Internet oder nach Ansprache von Passanten getätigt werden. So können wartende Personen sich frühzeitig informieren, ob ein Hilfsgebot ausfällt und ggf. an einem anderen Ort eine Mahlzeit ausgegeben wird oder sich das Warten lohnt.

Wir fordern daher die Anbringung von Infotafeln an allen Orten in der Region Hannover, an denen regelmäßige Hilfsangebote bei Obdachlosigkeit stattfinden. Die Infotafeln sollen mindestens die Wochentage und Uhrzeiten sowie eine kurze Beschreibung des Angebots und zwingend eine Kontaktmöglichkeit zu den Verantwortlichen enthalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U01: Energiewende für alle III: Klimaneutrales heizen im Mehrfamilienhaus! – PV-Strom für Wärmepumpen unbürokratisch abrechnen

Antragsteller*in:	Juso-AG Lehrte
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt

Die Bundesregierung wird dazu aufgefordert, die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Eigenverbrauch des von einer PV-Anlage auf dem Dach eines (Mehrfamilien-)Hauses produzierten Stroms durch eine zentrale Wärmepumpe im Rahmen der Heizkostenabrechnung mit 20ct/kWh abrechnen zu können.

Begründung

Perspektivisch werden immer mehr Mehrfamilienhäuser mit einer zentralen Wärmepumpe beheizt werden. Diese für die Wärmewende notwendige Entwicklung wirft jedoch folgende Frage auf: Was ist, wenn ich eine PV-Anlage auf dem Dach habe und den von der PV produzierten Strom zum Betrieb meiner Wärmepumpe in einem Mehrfamilienhaus nutze.

Zur Verdeutlichung zwei Beispiele:

Ohne PV-Anlage wäre es so: Die Wärmepumpe verbraucht 10 000 kWh in einem Jahr, um das Haus zu beheizen. Bei einem Strompreis von 30ct pro kWh wären das jährliche Heizkosten von 3000€. Diese werden nun entsprechend eines Verteilerschlüssels, häufig 30% Grundkosten und 70% Verbrauchskosten verteilt. So muss Mieter Herr Müller dann vielleicht 250€ Heizkosten zahlen und Frau Meier 350€.

Nun kommt eine PV-Anlage ins Spiel: Vermieter Herr Friedrich möchte die Energiewende voranbringen. Er installiert eine PV-Anlage auf dem Dach des Mehrfamilienhauses. Vom produzierten Strom werden nun 4000 kWh von der Wärmepumpe verbraucht. Das ist super, so müssen nur noch 6000 kWh aus dem öffentlichen Netz für 30ct pro kWh gekauft werden. Die Heizkosten betragen also nur noch 1800€. Herr Müller freut sich, er müsste auf einmal nur noch 180€ Heizkosten zahlen und Frau Meier nur noch 200€.

Der Einzige, der nicht begeistert ist, ist Herr Friedrich. Er hat 20 000€ für die Anlage investiert und hat nun aber keine Vergütung für den von seinen Mietern verbrauchten Strom.

Um diese Situation zu lösen, soll aufbauend auf dem Modell der Gemeinschaftlichen Gebäudeversorgung eine Regelung geschaffen werden, dass von einer zentralen Wärmepumpe verbrauchter Strom von Herrn Friedrich pauschal mit 20 ct auf die Heizkosten umgelegt werden darf. Er würde nun also die 4000 von seinen Mietern verbrauchten kWh zu 20 ct umlegen können und würde so 800€ bekommen, mit denen er zusätzlich zur Einspeisevergütung für den eingespeisten Strom die Investitionskosten für die Anlage reinvestieren kann. Für Herrn Friedrich macht die Investitionen nun also wieder Sinn.

Die Heizkosten lägen nun insgesamt bei 1800€+800€= 2600€. Das freut auch Herrn Müller und Frau Meier, denn sie bezahlen jetzt nur noch 230€ und 310€ Heizkosten, sparen also auch Kosten aufgrund der PV-Anlage.

Mit diesem Modell einer pauschalen Vergütung könnte unbürokratisch die Kombination vom PV-Anlage und Wärmepumpe nicht nur im Eigenheim, sondern auch im Mehrfamilienhaus attraktiv gemacht werden. Davon profitieren am Ende alle: Sowohl der Vermieter, der seine Investitionskosten refinanziert bekommt, aber auch die Mieter, die bei den Stromkosten sparen. Das Modell funktioniert natürlich auch bei Wohnungseigentümergemeinschaften, die sich gemeinsam die PV-Anlage anschaffen.

Mit diesem Model kann ein zentrales Problem für die Energiewende im Gebäudesektor in den nächsten Jahren gelöst werden. Die Höhe der Verbrauchsvergütung könnte selbstverständlich an den aktuellen Strompreis gekoppelt werden, sodass die Vergütung immer günstiger ist, als der aktuelle Endkundenpreis.

Antrag U02: Tiergarten Hannover ausbauen

Antragsteller*in:	Juso-AG Vahrenwald-List
Status:	angenommen
Sachgebiet:	U - Umwelt

• Das Anlegen eines interaktiven Lehrpfades zum Themen Wald und Wild

• Die Erneuerung und Erweiterung der veralteten Informationstafeln, welche kindgerecht aufbereitet werden sollen.

Begründung

Der Tiergarten Hannover bietet Erholung und einen Begegnungsort für viele Menschen. Dadurch, dass der Tiergarten kostenlos ist, ist es ein Angebot, was von allen Menschen egal welchen sozioökologischen Hintergrund sie haben, genutzt werden kann. Außerdem haben Bürger*innen und vor allem auch Kinder hier die Möglichkeit kostenlos verschiedene Wildarten und den Wald hautnah zu erleben.

Zudem ist der Tiergarten sehr gut mit der Bahn zu erreichen, da diese quasi direkt vor dem Eingang hält. Der Tiergarten könnte durch die genannten Punkte, unter anderem der Besonderheit des freilaufenden Damwilds eine sehr Lernreiche Bildungsstätte werden. Damit das kostenlose Bildungsangebot besonders gut genutzt werden kann, ist es von besonderer Relevanz, dass ein interaktiver Lernpfad ausgebaut wird und die Informationstafeln erweitert werden. So wird dieses Angebot besonders für Kinder interessant und lernreich. Da es in Hannover nur wenig kostenlose Bildungsstätten gibt, ist es besonders wichtig, dass die vorhanden besser ausgebaut und attraktiver gestaltet werden.

Antrag V02: Stadtbahnlinie nach Garbsen Mitte

Antragsteller*in:	Juso-AG Vahrenwald-List
Status:	angenommen
Sachgebiet:	V - Verkehr

Der Satz 2 des Antragstextes soll ersatzlos gestrichen werden:

"Wir fordern, Garbsen Mitte und insbesondere den Campus Maschinenbau Garbsen direkt an das Straßenbahnnetz anzubinden."

Begründung

Die Nutzung des ÖPNVs darf kein Luxus von Großstädtern sein. Um eine Umweltfreundliche Zukunft der Mobilität zu realisieren ist es unerlässlich, dass auch äußere Bereiche von Großstädten gut angebunden sind um eine echte alternative zum Auto zu bieten. Zudem wird es so Menschen mit weniger Einkommen deutlich erschwert die Angebote des öffentlichen Lebens in Hannover wahrzunehmen, da diese nicht die Möglichkeit haben auf das Auto auszuweichen. Auch in Garbsen ansässige Bildungseinrichtungen wie der Campus Maschinenbau der Leibniz Universität und Campus Handwerk der Handwerkskammer müssen gut angebunden sein, da diese auch viel von nicht in Garbsen ansässigen Azubis und Studenten besucht wird und auch hier sonst als Alternative oft nur das Auto bleibt. Die Favorisierte Lösung wäre die Abzweigung der Linie 4, da die Verlängerung der Linie 6 die Fahrzeit nicht verkürzen sondern verlängern würde.